

Bayern

SPD

AUSSERORDENTLICHER
LANDESPARTEITAG
DER BAYERNSPD

BESCHLUSSBUCH

**INFRASTRUKTUR
FÜR BAYERN:**

BAYERN VORAN BRINGEN!

SA, 14. JULI 2012
CONGRESS CENTRUM,
AMBERG

Inhalt

Infrastruktur	2
Bayern voran bringen	2
Verkehr.....	15
Konsequente Strategie zur Energiewende	16
Gerechte Strukturpolitik in der Oberpfalz	18
Verkehrsinfrastruktur in der Oberpfalz deutlich verbessern	25
Genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsbau besser fördern	27
Antrag	28
Resolutionen	32
Der Freistaat muss Verantwortung übernehmen Kein GBW-Verkauf vor der Landtagswahl	32
Echte Wahlfreiheit: Mehr Kitaplätze statt Betreuungsgeld	34
Satzungsänderungen	36
Satzungsänderungen	36
Mehr Basisdemokratie in der SPD	40

Infrastruktur

Antragsbereich I/ Antrag 1

Landesverband Bayern

Bayern voran bringen

Angenommen

weiter an

Landtagsfraktion

Bundestagsfraktion

Bayerische Abgeordnete im EP

Bayern voran bringen – Infrastruktur für unsere Heimat, für unseren Wohlstand, für unsere Wirtschaft

A. SPD – Partei ergreifen für eine zukunftsfähige Infrastruktur

5 Wir brauchen in Bayern eine leistungsfähige Infrastruktur, um unseren Lebensstandard zu sichern und auch künftig wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Gut ausgebaute Verkehrswege erschließen Räume, eröffnen Märkte und gewähren Mobilität.

10 Wir brauchen Verbesserungen der Infrastruktur, um wettbewerbsfähig zu bleiben, die Chancen des ländlichen Raums zu mehren und die Energiewende zu meistern. Die BayernSPD bekennt sich zu dieser Aufgabenstellung und predigt keine Verweigerungshaltung. Sie ergreift Partei für eine zukunftsfähige Infrastruktur. Gleichzeitig ist sie seit Wilhelm Hoegner die Partei der Bürgerbeteiligung und bekennt
15 sich ausdrücklich dazu, dass die Bevölkerung selbst entscheiden können soll, welchen Preis sie für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzsicherung zu zahlen bereit ist, welchen Weg sie zu diesen Zielen einschlagen möchte und welche Abwägungen sie zwischen ökonomischen und ökologischen Belangen vornimmt.

20 B. Für mehr Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten

Als BayernSPD ist für uns eines klar: Um unseren Lebensstandard zu halten und auch weiterhin verbessern zu können, muss in die Modernisierung und Ausbau der Energie- und Kommunikationsnetze sowie der Verkehrswege investiert werden. Grundsätzlich
25 steht dabei für uns fest, dass neue Vorhaben die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger brauchen. Deutlich wird dies in der Diskussion um die dritte Startbahn am Flughafen München, beim S-Bahn-Verschwenk in Fürth oder beim Schwarzkopftunnel in Unterfranken: Gerade bei großen Infrastrukturprojekten wollen die betroffenen

30 Bürgerinnen und Bürger an den Planungen frühzeitig beteiligt werden. Als BayernSPD sehen wir uns diesem Auftrag verpflichtet.

35 Mehr Demokratie und mehr Beteiligung stehen nicht im Widerspruch zu einer modernen Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik, sondern sind vielmehr ein gemeinsamer Teil und verdeutlichen eine aktive demokratische Diskussionskultur zwischen allen Beteiligten. Argumente können ausgetauscht werden und Planungsträger erhalten die Möglichkeit, ihre Pläne offensiv zu vertreten und frühzeitig Akzeptanz und Planungssicherheit zu erreichen.

40 Nur durch eine umfassende Beteiligung aller am Planungs- und Durchführungsprozess kann die Akzeptanz von Infrastrukturprojekten erhöht und ihre rasche Umsetzung ermöglicht werden. Hierdurch können Streitigkeiten schon im Vorfeld aus dem Weg geräumt und Klagen vermieden werden. Darüber hinaus kann es zu wirtschaftlich günstigeren Lösungen kommen, weil Alternativen frühzeitig diskutiert und kostspielige Mehrplanungen somit vermeidbar sind.

45 Als BayernSPD wollen wir eine Änderung in der Planungskultur durch einen intensiven, frühen Dialog mit den direkt betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, den kommunalen Entscheidungsträgern, den beteiligten Unternehmen, den Kammern sowie Naturschutz- und Umweltverbänden.

50 Dazu brauchen wir

1. Bürgerbeteiligung durch Bürgerentscheide und Volksentscheide

55 Mehr Bürgerbeteiligung auf Kommunal- und Landesebene durch Bürgerentscheide und Volksentscheide ist ein sozialdemokratisches Projekt. Wir wollen die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, direkt über Infrastrukturprojekte zu entscheiden, erleichtern und ausbauen. Auf Landesebene wollen wir erreichen, dass Bürgerbeteiligungen auch dann zugelassen werden, wenn sie kostenwirksam sind und bayernweit relevante Infrastrukturprojekte betreffen.

60 Als BayernSPD unterstützten wir den Leitantrag der Bundes-SPD beim Berliner Parteitag 2011 „Mehr Demokratie leben“, der neue und frühzeitige Formen von Bürgerbeteiligung bei Großprojekten vorsieht.

65 Als BayernSPD wollen wir eine Bürgerbeteiligung für alle Bürgerinnen und Bürger. Dafür müssen die Mechanismen einfach und verständlich sein und breit kommuniziert werden. Es muss Aufgabe der Parteien und der politischen Bildungsarbeit sein, Wissen und Verständnis über diese Beteiligungsformen auf verschiedenen Ebenen zu vermitteln. Wir werden dafür sorgen, dass sich alle Teile der Bevölkerung an Entscheidungen beteiligen können.

2. Mehr Transparenz durch neue Formen der Bürgerbeteiligung

75 Die Bürgerinnen und Bürger müssen frühzeitig und ausführlich über Planungen informiert werden. Diese müssen als ergebnisoffener Prozess gestaltet werden, in dem das Projekt gemeinsam entwickelt wird. Fachgespräche, Dialogforen, Planungsdialoge, Bürgerkonferenzen oder auch Bürgergutachten tragen dabei zu

80 einer wirkungsvollen Einbindung der Öffentlichkeit bei. Behörden und Planungsträger sollen zudem verpflichtet werden, so genannte Bürgeranwälte einzusetzen, die Beratung anbieten und die Einhaltung der Beteiligungsrechte kontrollieren. In Konfliktfällen kann ein externer Mediator zwischen dem Vorhabenträger und den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln. Dabei kommt den Umweltverbänden eine Schlüsselposition als Interessensvertreter der Allgemeinheit zu.

85

3. Gesicherte Bürgerbeteiligung

Die Kosten der Bürgerbeteiligung müssen von vornherein fester Bestandteil der Planungskosten sein. Weil auch auf Seiten der Bürgerinnen und Bürgern hierfür nicht selten Freizeit und finanzielle Mittel eingesetzt werden, müssen wir entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellen. Dabei muss die Unabhängigkeit aller Beteiligten gewahrt bleiben.

90

95 Auch dürfen die Rechtsschutzmöglichkeiten der direkt betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie der Naturschutz- und Umweltverbände nicht geschmälert, sondern müssen ausgebaut werden.

4. Kürzere Planungs- und Bauzeiten

100 Mehr Bürgerbeteiligung steht für die BayernSPD nicht im Widerspruch zum Interesse an kurzen Planungs- und Bauzeiten. Das Gegenteil ist der Fall, weil nur eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung und bei den unmittelbar Betroffenen eine rasche Umsetzung ermöglicht. Mehr und frühzeitigere Bürgerbeteiligung führen auch dann zu einer Beschleunigung, wenn wegen der Einwände der direkt Betroffenen und/oder von Umwelt- und Naturschutzverbänden letztlich Gerichte entscheiden müssen.

105 Deshalb gehören für uns kurze Planungs- und Bauzeiten und Bürgerbeteiligung zusammen. Bei einem Konsens, z.B. einer Lärmschutzmaßnahme, muss ein beschleunigtes Planungsverfahren möglich sein. Die Bürgerbeteiligung muss früher einsetzen, zum Beispiel vor dem Raumordnungsverfahren, welches bisher weitgehend

110 beteiligungsfrei läuft.

C. Leitlinien unserer Infrastrukturpolitik

115 Für die BayernSPD ist Infrastrukturpolitik staatliche Daseinsvorsorge. Leitgedanken sind dabei soziale Ausgewogenheit sowie der Einklang von Ökonomie und Ökologie. Dabei soll Infrastruktur nicht nur gebaut und erhalten, sondern ihr Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger sinnvoll gestaltet werden.

Maßstab und Richtschnur für alle Entscheidungen unserer Infrastrukturpolitik sind:

120

1. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Wir treffen infrastrukturpolitische Entscheidungen nach dem verfassungsgemäßen Grundsatz, eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Bayern herzustellen – insbesondere zwischen Stadt und Land. Der Wohnort darf keinen Nachteil für den Arbeitsalltag sowie die Freizeitgestaltung darstellen. In Bezug auf die verkehrliche Infrastruktur und die Ermöglichung von Mobilität bedeutet dies zum Beispiel, dass überall Mindeststandards der Erreichbarkeit gesichert werden müssen. Dies zu

125

gewährleisten ist auch Aufgabe der Landesplanung.

130

2. Prioritäten setzen

Wir müssen nach objektiven Kriterien entscheiden, welche Projekte zuerst angegangen werden müssen. Entscheidend sind Faktoren wie Bedarf, Verkehrsaufkommen, verkehrlicher Nutzen und Umweltverträglichkeit. Die Geldmittel, die uns für Infrastruktur zur Verfügung stehen, sind begrenzt und daher effektiv einzusetzen. Dabei gilt der Grundsatz: Erhalt vor Neubau.

135

Wir fordern zusammen mit der Bundes-SPD eine neue Bundesverkehrswegeplanung, die sich nicht an einem Länderschlüssel orientiert, sondern an Bedarf und Wichtigkeit: 80 Prozent des Budgets soll für überregional wichtige Projekte eingesetzt und 20 Prozent regional gebunden werden.

140

Wir verzichten auf überflüssige Großprojekte, die ökonomisch unsinnig und ökologisch schädlich sind.

145

Wir treffen Infrastrukturentscheidungen im europäischen Kontext. Bayerische Infrastrukturprojekte, die die europäische Gemeinschaft betreffen, müssen mit unseren Nachbarn und den Plänen der EU abgestimmt werden.

150

3. Integrierte Verkehrspolitik

In Bayern brauchen wir eine Verkehrspolitik „aus einem Guss“. Ein Hauptproblem ist die fehlende Kompetenzzuweisung in der bayerischen Staatsregierung. Offiziell ist der Wirtschaftsminister zwar auch Verkehrs- und Infrastrukturminister, aber für die Straßenplanung und -bau ist das Innenministerium verantwortlich. Geht es um Lärmschutz, so kommt auch noch das Ministerium für Umwelt und Gesundheit ins Spiel. Wir werden Kompetenzen bündeln und eindeutige Zuständigkeiten schaffen, die eine zielgerichtete Verkehrspolitik ermöglichen.

155

160

Die Zukunft Bayern erfordert darüber hinaus auch eine klare und verlässliche Vorstellung für die Mobilität in Bayern: egal ob auf der Schiene, auf der Straße, auf dem Wasser oder in der Luft. Wir brauchen eine Gesamtplanung für Europa, Bund und Land, wie die Verkehrsträger miteinander verknüpft werden, um größtmögliche Effizienz zu erreichen.

165

4. Mehr Personen- und Güterverkehr auf die Schiene

In den Verkehrsprognosen wird ein Anstieg des Straßenpersonenverkehrs vorhergesagt und als Industrie- und Dienstleistungsstandort sowie Transitland wird Bayern auch mehr Güterströme zu bewältigen haben. Für die BayernSPD ist deshalb klar: Mehr Menschen und mehr Güter auf die umweltfreundliche Schiene - dies muss die Strategie für die Zukunft sein.

170

Ziel muss es sein, im Bereich des Schienenpersonennah- und Fernverkehrs attraktive Angebote für Schüler, Azubis, Studenten, Pendler und Rentner zu schaffen. Darüber hinaus muss der Anteil des Schienengüterverkehrs von heute 17 Prozent am gesamten Güteraufkommen in absehbarer Zeit verdoppelt werden. Für die Akzeptanz in der

175

180 Bevölkerung hat der Lärmschutz jedoch oberste Priorität. Hierfür sind die Umrüstung
der circa 600.000 Güterwagen in Deutschland auf so genannten Flüsterbremsen, die
Lärmreduzierung an den Rangierbahnhöfen sowie weitere Schallschutzmaßnahmen
von zentraler Bedeutung.

185 **5. Für barrierefreie Mobilität**

185 Barrierefreiheit ist das Grundprinzip für eine gleichberechtigte Teilhabe aller
Menschen am gesellschaftlichen Leben. Barrierefreiheit betrifft aber nicht nur
Menschen mit Behinderungen, sondern auch ältere Personen sowie Familien mit
Kindern. Wir müssen eine barrierefreie Beförderung für alle gewährleisten – und zwar
190 über die gesamte Reisekette. Die Erneuerung der Infrastruktur ist dabei eine wichtige
Komponente. Doch auch bei Fahrzeugneubeschaffungen oder
Modernisierungsmaßnahmen muss ausnahmslos für Barrierefreiheit gesorgt werden.
Eines der größten Defizite sehen wir beim barrierefreien Ausbau der rund 1000
bayerischen Bahnhöfe. Wir haben auf Bundesebene für ein Sonderprogramm zum
195 barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen gekämpft. Die Mittel dieses Programms und der
Deutschen Bahn alleine würden aber dazu führen, dass auch in 30 Jahren noch nicht
alle Bahnhöfe in Bayern barrierefrei sind. Ähnlich wie in Rheinland-Pfalz wollen wir
diese Zeit durch eigene Mittel des Freistaats halbieren: Mit unserem Sonderprogramm
„Barrierefreies Bayern“ werden wir bei Regierungsübernahme in den kommenden
200 zehn Jahren mindestens 200 Millionen Euro bereitstellen. Deshalb wollen wir ein
Sonderprogramm „Barrierefreies Bayern“ auflegen.

6. Investitionen in die Zukunft

205 Die Mobilität der Zukunft wird sich unter anderem wegen der Endlichkeit der fossilen
Brennstoffe verändern. Wir wollen sie so gestalten, dass die Mobilität eines jeden
Einzelnen und der Transport von Gütern möglichst wenig beeinträchtigt werden. Die
langfristige Sicherung der Mobilität erfordert hoch effiziente Fahrzeuge, die mit
alternativen Energien betrieben werden können. Wichtige Handlungsfelder sind für
210 uns die Senkung des Kraftstoffverbrauchs und die Förderung umweltschonender
Verkehrstechnologien. Deshalb wollen wir alternative Antriebe und Modellprojekte
für Elektro- und Hybridautos stärken. Insbesondere im Individualverkehr sehen wir in
diesen Antrieben eine nachhaltige, umweltfreundliche und zukunftssichere
Alternative: So bieten etwa elektrische Antriebe (Hybrid-, Batterie- und
215 Brennstoffzellenfahrzeuge) große Potenziale zur Verringerung der Abhängigkeit von
Erdöl als Energieträger sowie zur Reduzierung von CO₂, lokalen Schadstoffemissionen
und Lärmreduzierung.

D. Hausgemachte Fehlentwicklungen

220 Bayern ist ein moderner Industrie- und Dienstleistungsstandort sowie ein Drehkreuz
beim europäischen Personen- und Güterverkehr. Daher ist eine umfangreiche und
ausdifferenzierte Infrastruktur grundlegend. Jedoch ist die bayerische Staatsregierung
unter Führung der CSU sowie das CSU-geführte Bundesministerium für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung (BMVBS) im Begriff, durch Konzeptionslosigkeit und
225 schwerwiegende Versäumnisse langfristig die Zukunftsfähigkeit Bayerns und damit
unseren Wohlstand zu verspielen.

230 Wie in allen Bereichen, so muss auch in der Infrastrukturpolitik effizient mit den
begrenzten Haushaltsmitteln umgegangen werden. Jedoch melden die bayerische
Staatsregierung und das CSU-geführte BMVBS in Brüssel und Berlin konzeptionslos
Verkehrsprojekte an. Vielmehr soll mit dieser Art von Politik Klientel bedient werden,
zum Schaden der Allgemeinheit.

235 Erschreckend ist, dass seit zwanzig Jahren die Ost-West-Anbindung Bayerns von der
CSU-geführten Staatsregierung verschlafen wird. Die Mobilität eines jeden Einzelnen
sowie der freie Austausch von Waren und Dienstleistungen werden dadurch extrem
eingeschränkt. Die Folge ist, dass der stetig steigende Güterverkehr für eine enorme
Überlastung bestehender Straßen und des unzureichend ausgebauten Schienennetzes
240 sorgt. Das beeinträchtigt vor allem die Bewohner in Ostbayern und schadet der
bayerischen Wirtschaft.

Die Staatsregierung verschläft es, die Mobilität der Zukunft zu fördern. Sie kümmert
sich weder ausreichend um den Ausbau der Fahrradwege noch um die
245 Elektromobilität. Stattdessen konzentriert sie sich auf sinnlose und von der
Bevölkerung nicht gewollte Projekte wie die Pkw-Maut oder Feldversuche von Lang-
LKW's (Giga-Liner).

Auch ist das Gelingen der Energiewende in Bayern wesentlich von der Höhe der
250 Investitionsmittel des Freistaats abhängig. Ministerpräsident Horst Seehofer will
Bayern zwar zum „Motor“ der Energiewende machen, aber de facto hat die
Staatsregierung kein Geld dafür in die Hand genommen: nicht für Erneuerbare
Energien, nicht für Energieeffizienz, nicht für Energieeinsparung. Die Energiewende in
Bayern geht nur mit klaren politischen Prioritäten.

255 Ein wesentlicher Bestandteil einer modernen Gesellschaft ist der Zugang zum
Internet, sowohl für den privaten als auch geschäftlichen Gebrauch. Die
Staatsregierung ist die Breitbandversorgung zu schleppend angegangen. Sie hat viel
zu lange auf die Kräfte des Marktes beim Ausbau der Struktur schneller Netze gebaut
260 und ist damit verantwortlich für unnötige jahrelange Verzögerungen. Auch mit der
„bayerischen Breitbandstrategie“ bleibt – nach Monaten von Ankündigungen,
internen Streitereien und haltlosen Behauptungen der Staatsregierung – noch vieles
offen: für die Privathaushalte, für den ländlichen Raum und vor allem was den
Zeitpunkt der flächendeckenden Versorgung angeht.

265

E. Die bayerische Infrastruktur voranbringen

In den Handlungsfeldern Verkehrsinfrastruktur, Energieversorgung und
Telekommunikation sehen wir großen infrastrukturpolitischen Handlungsbedarf.
270 Diesen Herausforderungen wollen wir uns stellen – unter der Voraussetzung der
Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Norden und Süden, Osten und
Westen, auf dem Land und in der Stadt. Dafür setzen wir Prioritäten nach objektiven
Maßstäben. Ziel ist eine Infrastrukturpolitik mit klaren Konzepten und in
Verantwortung für Mensch und Natur.

275

1. Verkehrsinfrastruktur

1.1.Schiene

280

Mehr Verkehr auf die Schiene, das ist das das Motto der Zukunft und eine grundlegende Leitlinie der Verkehrspolitik der BayernSPD. Denn unbestritten ist die Schiene der umweltverträglichste Verkehrsträger und bereits heute gelebte Elektromobilität. Um einen attraktiven Personennah- und Fernverkehr gestalten sowie
285 das prognostizierte steigende Güterverkehrsaufkommen bewältigen zu können braucht es gut ausgebaute, zuverlässige und leistungsfähige Schienennetze. Wichtige Großprojekte wie die Schienenanbindung des Münchner Flughafens von Norden, die Erschließung des Chemiedreiecks oder die 2. S-Bahn-Stammstrecke in München sind schon zu lange von der Staatsregierung aufgeschoben worden. Wir werden diese
290 Projekte mit Energie und klarem Ziel vor Augen vorantreiben. Dafür wollen wir eine **Ausbauoffensive „Nah- und Regionalverkehr 2020“** initiieren.

295

Als BayernSPD ist für uns selbstverständlich, dass Bürgerbeteiligung und Transparenz bei den Planungen Bestandteil des Gesamtkonzeptes sind. Grundlegend ist für uns auch, dass wir im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) klare Regeln für den Wettbewerb brauchen: Bis 2015 sollen etwa die Hälfte aller Zugkilometer im bayerischen SPNV, das sind rund 59 Millionen Kilometer, im Wettbewerb gefahren werden. Bis 2023 sollen sogar alle Leistungen im Wettbewerb vergeben sein. Das darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen. Tariftreue muss eine
300 Selbstverständlichkeit sein: Der ausgehandelte Branchentarifvertrag in der Bahnbranche muss als repräsentativer Tarifvertrag für die Ausschreibungen im SPNV in Bayern zu Grunde gelegt werden.

305

Folgende Schienenverkehrsprojekte wollen wir schwerpunktmäßig angehen:

310

Durch den Brenner-Basistunnel sollen die Tiroler Alpen entlang der Achse Innsbruck – Bozen unterquert und die Güterverkehrsströme von der Straße auf die Schiene gebracht werden. Das wird auch dem oberbayerischen Chemiedreieck zugutekommen. Die BayernSPD will den viergleisigen Ausbau für den Zulauf zum geplanten Brennerbasistunnel zwischen München und Rosenheim sowie insbesondere zwischen Rosenheim und Kiefersfelden weiter vorantreiben. Dabei hat der Lärmschutz eine herausgehobene Stellung, um die Bevölkerung vor zusätzlichen Belastungen zu schützen.

315

Auf der Schienenausbaustrecke München – Mühldorf – Freilassing werden schon heute über zwei Prozent des bundesweiten Schienengüterverkehrs abgewickelt. Aufgrund der erheblichen Steigerung des Güterverkehrs für das bayerische Chemiedreieck ist dessen Anbindung an das nationale und internationale Schienennetz von wesentlicher Bedeutung. Das gilt auch für die Entlastung der
320 Brenner-Zulaufstrecke. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau und Elektrifizierung der Strecken ein.

325

Die Schienenausbaustrecke München – Lindau – Grenze D/A (– Zürich) muss weiter ausgebaut und elektrifiziert werden. Dadurch kann die Fahrzeit von derzeit über vier Stunden um rund 20 Prozent auf künftig drei Stunden 15 Minuten verkürzt werden.

Die Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale ist für die Metropolregion Nürnberg wichtig und dringend notwendig, um Nord-Ostbayern nicht vom

330 Fernverkehr abzuhängen. Außerdem brauchen wir eine Verbesserung der Schienenverbindung Nürnberg – Prag / Dresden. Auch ist die Elektrifizierung zwischen Hof und Regensburg unerlässlich, um die bestehenden erheblichen Kapazitätsengpässe zu bewältigen.

335 Der weitere Aus- und Neubau der VDE 8.1 (Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Schiene) hat in allen Abschnitten höchste Priorität, denn wir brauchen eine leistungsstarke und schnelle Verbindung zwischen der Landeshauptstadt München und der Bundeshauptstadt Berlin. Dabei spielt auch der Güterzugtunnel Fürth eine wichtige Rolle. Nach Fertigstellung aller Teilprojekte der VDE 8.1 soll die gesamte Reisezeit von München nach Berlin gut vier Stunden betragen.

340 Die zweite Stammstrecke in München ist das zentrale Element des Bahnknotenkonzeptes und das Herzstück eines zukunftsfähigen Nahverkehrs in München und ganz Südbayern. Sie ermöglicht den dringend notwendigen Ausbau des Netzes, gerade auch der S-Bahn-Außenäste, Taktverdichtungen und eine höhere Betriebsqualität. Bei Störungen auf der Stammstrecke kann zudem auf eine Alternative ausgewichen werden, so dass auch die Pünktlichkeit verbessert wird. Für die schnelle Erreichbarkeit des Flughafens München ist die zweite Stammstrecke eine wesentliche Voraussetzung. Für den Großraum Nürnberg wollen wir die Realisierung der Stadt-Umland-Bahn. Im Großraum Augsburg ist endlich auch ein S-Bahn-ähnlicher Verkehr umzusetzen.

355 Der Erdinger Ringschluss mit Walpertskirchner Spange und Neufahrner Kurve zählt zu den gegenwärtig dringlichsten Schienenverkehrsmaßnahmen in Bayern. Er ist notwendig, um den stetig steigenden Verkehr im Flughafenumland aufzufangen. Damit die anderen Regionen Ost- und Südbayerns nicht abgehängt werden, treten wir für eine umsteigefreie Anbindung des Flughafens München an den Schienenfernverkehr sowie für eine Flughafenanbindung Mühldorf-Salzburg ein.

360 Auf der Aus- und Neubaustrecke Stuttgart – Ulm – Augsburg realisieren wir eine Geschwindigkeitserhöhung und den Bau eines dritten Gleises zwischen Neu-Ulm und Neuoffingen. Dabei kommt es zu erheblichen verkehrlichen Verbesserungen und Reisezeitverkürzungen im Nah- und Regionalverkehr.

365 **1.2.Straße**

1.2.1 Autobahnen

370 Autobahnen sind neben dem Schienennetz wichtige Verkehrsadern für den Verkehr in Bayern. Hier gilt für uns als BayernSPD: Ausbau vor Neubau sowie der Schutz der Menschen und Umwelt vor Emissionen jeglicher Art.

375 Der 173 Kilometer lange Abschnitt der A3 zwischen Aschaffenburg und Nürnberg stellt eine der wichtigsten Verkehrsadern Nordbayerns dar. Wir wollen deshalb einen sechsstreifigen Ausbau, der eine bedarfsgerechte Verkehrsverbindung gewährleistet.

Die A 6 Heilbronn-Nürnberg ist von enormer Wichtigkeit für den grenzüberschreitenden Verkehr nach Osteuropa. Dem 88 Kilometer langen Abschnitt zwischen der Landesgrenze Baden-Württemberg/Bayern und Nürnberg kommt für

380 Nordbayern eine große Bedeutung zu. Mit dem sechsstreifigen Ausbau wird eine
Verkehrsverbindung geschaffen, die den heutigen Anforderungen gerecht wird –
gerade im Hinblick auf Osteuropa.

385 Die A 8 ist eine der wichtigsten West-Ost-Verbindungen in Süddeutschland. Ein
sechsspuriger (+2) Ausbau der überlasteten Hauptverkehrsachse A 8 Ulm – Augsburg
(– München) muss zügig umgesetzt werden. Darüber hinaus plädieren wir für einen
moderaten, der Umwelt angepassten Ausbau bis zur Grenze-Österreich.

390 Die A 92 ist eine der herausragendsten Verkehrsachsen zwischen München und den
osteuropäischen Ländern. Aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens leidet die A 92
unter erheblichen Schäden, die wir dringend beheben müssen.

395 Der Bau der A94 ist nun beschlossen. Sie gewährleistet die Anbindung des
Chemiedreiecks an den Flughafen München sowie an das überregionale
Autobahnnetz. Wir sehen sowohl die Mobilitätsvorteile für die Region als auch die
Bedenken vieler Anwohner und wollen uns im Rahmen des rechtlich Möglichen für
eine weitgehende Entlastung der Betroffenen einsetzen.

1.2.2 Bundesstraßen, Staatsstraßen und Ortsumgehungen

400 Auch bei Bundesstraßen bleibt festzustellen, dass die CSU einen vernünftigen Ausbau
bisher verschlafen hat. Insbesondere bei den Strecken nach Ostdeutschland und
Osteuropa sehen wir dringenden Handlungsbedarf.

405 Das Staatsstraßennetz in Bayern ist zum Sanierungsfall verkommen. Wir beheben den
Investitionsstau durch eine verstetigte Mittelausstattung im Staatshaushalt. Auch
hier folgen wir dem Grundsatz: Erhalt vor Neubau.

410 Viele bayerische Dörfer und Gemeinden leiden unter dem Durchfahrtsverkehr. Für die
bayerischen Ortsumfahrungen plädieren wir für ein Sonderprogramm auf
Bundesebene. Für Bayern werden wir eine Priorisierung nach objektiven Kriterien
vornehmen.

1.3 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

415 In einem Land wie Bayern ist es notwendig die Dörfer, Märkte und kleineren Städte an
die Metropolregionen bzw. Ballungszentren anzuschließen, aber auch den ländlichen
Raum stärker zu vernetzen. Daher brauchen wir ein stark ausgebautes und attraktives
öffentliches Verkehrsnetz zu erschwinglichen Preisen. Der Wohnort darf keinen
Nachteil für den Arbeitsalltag sowie die Freizeitgestaltung darstellen. Mobilität ist
420 kein Luxusgut, sondern muss eine Selbstverständlichkeit sein.

425 Unser Ziel ist die Stadt der kurzen Wege: Jeder muss sich schnell und unkompliziert
bewegen können – egal ob Pendler, Familien, Schüler oder Senioren. Dafür müssen wir
die notwendige Infrastruktur bereitstellen. Der ÖPNV muss sich in seiner Ausprägung
stärker an dem Bedürfnis der Verkehrsteilnehmer ausrichten, die sehr individuell
entscheiden, wie sie sich fortbewegen wollen. Das bedeutet, dass künftig neben Bus
und Bahn auch mehr öffentliche Fahrräder, öffentliche elektrische Pkw, Carsharing

und Mitfahrgelegenheiten bereitgestellt werden müssen.

430

1.4 Luftverkehr

Wir bekennen uns zu den Flughäfen München und Nürnberg. Gleichzeitig müssen wir aber die Subventionen für Regionalflughäfen grundsätzlich überdenken. Wir halten es für schädlich, für viel Geld Kleinflughäfen künstlich am Leben zu erhalten, die keine nennenswerte wirtschaftliche Verbesserung für die Region bringen, aber Anwohner durch Fluglärm und Abgase zusätzlich belasten. Wir erkennen das Ergebnis des Bürgerentscheids zur 3. Start- und Landebahn in München an und setzen uns dafür ein, dass die 3. Startbahn nicht gebaut wird.

435

440

1.5 Wasserstraßen

Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ist ein wichtiger Garant von Arbeitsplätzen in den Regionen – nicht nur als Arbeitgeber in den Bauhöfen, Ämtern, Direktionen und Außenbezirken. Die Binnenschifffahrt sichert auch die Beschäftigung in den hafenbezogenen Branchen und der regionalen Wirtschaft entlang der Kanäle und Wasserstraßen. Die Zahl der Güter- und Personenschiffe auf dem Main-Donau-Kanal, einem wichtigen Bestandteil des transeuropäischen Transportnetzes, wächst stetig. Wir wollen die Donau sanft schiffbar machen, lehnen den staustufengestützten Donauausbau aber ab. Zusammen mit der Bundes-SPD fordern wir eine zukunftsgerechte Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Wir wollen mehr Binnenschifffahrt für Güterverkehr nutzbar machen.

445

450

1.6 Fahrradverkehr

Für die wachsende Zahl von Radfahrenden müssen die bayerischen Radwege ausgebaut werden. Denn aus Umwelt-, Gesundheits-, Fremdenverkehrs-, und Lärmschutzgründen wollen wir das Fahrradfahren weiter fördern. Der Ausbau der Radwege an Bundesstraßen, der unter der rot-grünen Bundesregierung massiv vorangetrieben wurde, wird von Schwarz-Gelb vernachlässigt. Wir wollen die Kilometerzahl der ausgebauten Fahrradwege auf dem Land und in der Stadt spürbar erhöhen. Dabei dürfen wir auch die Verkehrssicherheit nicht außer Acht lassen: An vielen Bundesstraßen, insbesondere außerhalb von Ortschaften, fehlen Fahrradwege. Gleichzeitig gehen Verkehrsunfälle mit Fahrradfahrenden außerorts unverhältnismäßig häufig tödlich aus. Letztlich profitieren alle Verkehrsteilnehmenden von einer fahrradfreundlichen Gestaltung der Radwege und Straßen, beispielsweise durch Radspuren auf großen Straßen oder reduzierte Geschwindigkeit in Ortschaften. Für das Radwegenetz an Staatsstraßen schaffen wir einen eigenen Haushaltstitel.

455

460

465

470

2. Energie

Die BayernSPD will eine rasche Umsetzung der Energiewende, auch in Bayern. Wichtig ist dabei ein klares Konzept und verlässliche Aussagen von der Politik. Auch müssen die Kommunen und Bürger von Anfang an eingebunden werden, was vor Ort möglich ist und wie es erreicht werden soll. Denn für eine erfolgreiche Energiewende muss Akzeptanz und Wille zum Engagement geschaffen werden. Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern ist die Energieversorgung auf neue Beine zu stellen – weg

475

480 von den großen Monopolen, hin zu dezentralen Versorgern, idealerweise in
kommunaler oder Bürgerhand. Dabei müssen wir die Kommunen unterstützen, damit
sie in der Lage sind, die erforderlichen energiepolitischen Maßnahmen umzusetzen.
Dafür wollen wir eine „**Ausbauoffensive Energiewende**“ starten, die auf kommunale,
genossenschaftliche und mittelständische Energieunternehmen setzt. Hinzu kommt,
485 dass durch regional organisierte Versorgungssysteme der Landschafts- und
Naturschutz geregelt werden kann.

Der einzige zukunftsfähige Weg zu einer sicheren Energieversorgung führt über
ständig verbesserte Energieeffizienz und die dadurch erzielte enorme
Energieeinsparung und insbesondere über die Erneuerbaren Energien. Bayern bietet
490 große Chancen für dezentrale Strom- und Wärmeerzeugung auf Basis von Wind,
Biogas, Geothermie, Sonne und Wasserkraft – ergänzt durch gasbefeuerte Gas-und-
Dampf-Anlagen bevorzugt in Kraft-Wärme-Kopplung. Wir setzen auf eine intensive
und frühe Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürgern einerseits bei den notwendigen
Standortentscheidungen – auch zur Linienführung der Hochspannungsleitungen –
495 und andererseits als Mitinhaber von Anlagen, beispielsweise über genossenschaftliche
Modelle. Ebenso müssen wir in Bayern Pumpspeicherkraftwerke ausbauen und mehr
Forschung in Druckluft und Wasserstoff investieren.

Hinzu kommt, dass insbesondere kleine und mittlere Handwerksbetriebe und
500 Unternehmen vor Ort bei der Erstellung, dem Betrieb, der Wartung und
Instandhaltung sowie bei der Reparatur von regionalen Anlagen beteiligt sind. Damit
wird die regionale Wertschöpfungskette gestärkt und auftretende Probleme können
vor Ort gelöst werden.

505 Darüber hinaus muss das Bewusstsein für die Energiewende in der Bevölkerung tief
verankert werden. Hierzu braucht es eine Verankerung im Bildungswesen von Anfang
an. Als BayernSPD wollen wir dazu die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften, die
Information der Bevölkerung und die Forschung an Universitäten, Fachhochschulen
und Instituten für die Erneuerbaren Energien fördern.

510

3. Telekommunikation

Der Anschluss an schnelles Internet ist heute ebenso wichtig wie der Anschluss an
Strom, Wasser und Telefon. Schnelles Internet und damit die Möglichkeit, weltweit zu
515 kommunizieren, ist ein immens wichtiger Standortfaktor – gerade im ländlichen
Raum. Eine funktionierende Breitbandinfrastruktur, mobil und stationär, bedeutet
Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben und ist damit
längst Teil der Daseinsvorsorge. Eine für alle Haushalte und Betriebe verfügbare
Breitbandinfrastruktur ist eine der zentralen Voraussetzungen für eine moderne
520 Wirtschaft, Bildungslandschaft, Gesundheitsversorgung und für gleichwertige
Lebensverhältnisse im Flächenland Bayern. Wir werden den Breitbandausbau in
Bayern auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau bringen und eine digitale
Spaltung zwischen Stadt und Land vermeiden. Ziel sind für uns 50 MBit in jedem
Gewerbebetrieb und jedem Haushalt bis 2020 und 100 MBit flächendeckend bis zum
525 Jahr 2030.

Kurzfristig wollen wir eine flächendeckende Grundversorgung verwirklichen: Wir
setzen uns für einen Rechtsanspruch aller Verbraucherinnen und Verbraucher auf eine

530 Mindestversorgung mit Breitband ein. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat eine
Universaldienstverpflichtung bisher abgelehnt. Die BayernSPD setzt sich für eine
Bundesratsinitiative für die Verankerung einer Breitband-
Universaldienstverpflichtung im Telekommunikationsgesetz ein.

535 Wir werden mit Hilfe einer Entwicklungsgesellschaft, an der neben dem Staat auch die
Kommunen, die Anbieter und Netzbetreiber beteiligt sind, den Ausbau der
Kommunikationsinfrastruktur in staatliche Verantwortung übernehmen und nicht
mehr die Kommunen mit den Herausforderungen und Problemen alleine lassen.

540 Zu einer bedarfsgerechten Kommunikationsinfrastruktur gehört auch die Beseitigung
der Einsatzhemmnisse bei LTE im grenznahen Raum, hier werden wir gemeinsam mit
den Anbietern und der Bundesnetzagentur Lösungen entwickeln.

545 Die BayernSPD wird sich für eine flächendeckende WLAN-Versorgung an öffentlichen
Plätzen einsetzen. Schnelles Internet bedeutet Teilhabe und sollte damit allen
Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen.

F. Finanzierung

550 Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Bayerns, vernünftiges Wachstum und gut
bezahlte Arbeitsplätze hängen an den richtigen Investitionsentscheidungen für die
Zukunft. Staatliche Investitionen resultieren oft aus der Garantie einer guten
Daseinsvorsorge, sie kosten Geld, sie müssen durch Steuereinnahmen gegenfinanziert
werden. Ein gesellschaftlicher Konsens besteht hinsichtlich der Notwendigkeit von
555 mehr Investitionen in Forschung und Bildung. Ebenso wichtig sind die Investitionen in
Infrastruktur. Unstreitig ist, dass Infrastruktur (insbesondere die
Verkehrsinfrastruktur) seit Jahren auf Verschleiß gefahren wird. Selbst die
notwendigen Erneuerungsinvestitionen unterbleiben auf allen politischen Ebenen.
Wer die Zukunft sichern will, muss in den Dreiklang Forschung, Bildung und
Infrastruktur mehr investieren als bisher.

560 Wir bayerischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen den
Beschluss „Fortschritt und Gerechtigkeit“ der Bundes-SPD. Nur durch mehr
Steuereinnahmen können solche Zukunftsinvestitionsprogramme seriös und
dauerhaft finanziert werden. Dafür braucht es mehr Geld in den öffentlichen
565 Haushalten.

Für Bayern würden – durch die Umsetzung des SPD-Bundesprogramms - allein aus der
Wiedereinführung der Vermögensteuer und der Reform der Erbschaftsteuer mehr als
1,5 Milliarden Mehreinnahmen pro Jahr resultieren. Die Rücknahme der
570 Klientelgeschenke von schwarz-gelb summiert sich fast auf eine weitere halbe
Milliarde für den Freistaat und seine Kommunen. Alles Geld, das dringend auch für die
kommunale und die staatliche Infrastruktur erforderlich ist.

575 Wir stellen uns gegen die Pläne der EU-Kommission, die Förderung von
Infrastrukturmaßnahmen in „reicheren“ Regionen wie Bayern ab der neuen
Förderperiode 2014 zu streichen. Nachhaltige Lösungen müssen weiter förderfähig
bleiben.

580 Der Zustand der Verkehrsinfrastruktur erfordert aber mehr. Es müssen diejenigen an
den Kosten angemessen beteiligt werden, die die Infrastruktur am meisten abnutzen.
Ein LKW nutzt eine Straße bis zu 60.000 Mal stärker ab als jeder PKW. Die BayernSPD
tritt deshalb für eine Ausweitung der LKW-Maut auf alle Bundesstraßen und
mittelfristig auch auf Staats- und Kommunalstraßen ein. Daraus können mehrere
585 Milliarden jährlich für Bund, Länder und Gemeinden für den Erhalt der
Verkehrsinfrastruktur gewonnen werden. Gleichzeitig ist es das wirkungsvollste
Mittel um Mautausweichverkehre zu bekämpfen, die viele Anwohner unzumutbar
belasten, und die Hauptverursacher von Straßen- und Brückenschäden zur Kasse zu
bitten. Bei der Neuausschreibung der LKW-Maut besteht die Chance, die Weichen für
die Internalisierung externer Kosten auf dem gesamten Straßennetz zu stellen. **Die**
590 **Internalisierung externer Kosten verstärkt das Verursacherprinzip und trägt zur**
Lenkung des LKW-Güterverkehrs bei. Die Einnahmen (max. 16 Cent/km) kommen der
Infrastruktur in Form von Investitionen zugute. Außerdem sind 15 % der Einnahmen
zweckgebunden in den Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze zu investieren.

595 Die BayernSPD lehnt die Pläne von CSU-Verkehrsminister Ramsauer für die Einführung
einer PKW-Maut als Vignette ab. Sie verteuert die individuelle Mobilität, trifft
insbesondere die Pendlerinnen und Pendler im ländlichen Raum und hat zudem keine
ökologische Lenkungswirkung. Das Argument, ausländische PKWs zu den Kosten
heranziehen zu wollen, greift bei näherer Betrachtung nicht. Denn die
600 Verwaltungskosten einer PKW-Vignette fressen die Einnahmen durch ausländische
PKWs (ca. 7 % aller PKWs auf den inländischen Autobahnen) in etwa auf. Die von der
CSU versprochene KFZ-Steuersenkung für inländische PKWs im Gegenzug zur PKW-
Maut kann nicht funktionieren. Entweder verstößt dies gegen das Europarecht und ist
unzulässig oder sie führt unter dem Strich zu keinen nennenswerten Mehreinnahmen,
605 um in Infrastruktur investiert zu werden.

Ebenso lehnt die BayernSPD die Pläne aus dem schwarz-gelben Lager ab,
Infrastrukturfinanzierung über Privatisierungen und PPP-Projekte zu organisieren. Für
uns ist Infrastruktur Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.
610

Antragsbereich I/ **Antrag 2**

Ortsverein Holzkirchen (83607)
(GSt. Wolfratshausen)

Verkehr

Punkt 1 abgelehnt

Punkt 2 und 4 erledigt durch I 1

Punkt 3 Überweisung an Bundestagsfraktion

1. Zur Erhöhung der Lebens- und Umweltqualität spricht sich die SPD dafür aus, in Städten und Gemeinden in Einzelfällen die Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h auch auf Bundesstraßen zu ermöglichen. Die Entscheidungskompetenz soll dabei bei den Kommunen liegen.

5 Laut einer EU-Expertise heißt Tempo 30 weniger schwere Unfälle, weniger Unfälle überhaupt, deutlich weniger Schadstoffausstoß und erheblich weniger Lärmbelästigung.

10 2. Nach Ausbau des Brennerbasistunnels sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zwingend zu verlagern. Entsprechende Regelungen sind spätestens zur Eröffnung des Tunnels in Kraft zu setzen. Das Prinzip „rollende Landstraße“ muss zur Entlastung der alpenüberquerenden Autobahnen realisiert werden.

15 3. Die SPD-Bundestagsfraktion soll gesetzgeberische Maßnahmen entwickeln, die inzwischen fast nur noch anzutreffende „Just-in-time-Lagerhaltung“ und die damit verbundenen negativen Auswirkungen auf die Verkehrswege und die Abwälzung der Lagerhaltungskosten letztlich auf den Steuerzahler drastisch einzuschränken. Gleiches gilt auch für die sogenannten „Krabbenpul-Transporte“.

20 4. Ein Verbot der Gigaliner im Straßenverkehr ist das Gebot der Stunde, um kein falsches Signal zu setzen und nicht das verkehrspolitische Credo der SPD „Schiene vor Straße“ auszuhebeln.

Konsequente Strategie zur Energiewende

Überwiesen als Material an

Landtagsfraktion

Bundestagsfraktion

Die Energiewende gelingt umso schneller, je effizienter wir die vorhandenen Mittel einsetzen. Es ist höchste Zeit für eine Besinnung auf einfache Grundsätze:

5 Alternative Energien sollten uns alle gleich wichtig sein. Die Förderung der regenerativen Energien soll nur auf der Basis erzeugte Energiemenge (kWh) erfolgen und für alle Erzeugungsarten gleich hoch sein

10 Wir wollen den Bau möglichst vieler neuer regenerativer Anlagen. Dazu darf der Förderzeitraum die wirtschaftlich notwendige Förderdauer nicht überschreiten. Zu lange Förderfristen behindern den Ersatz durch bessere und effektivere Anlagen und verlangsamen den technischen Fortschritt.

15 Die Förderung regenerativer Energien geht nicht ohne sichtbare Veränderungen der Landschaft und braucht eine breite Akzeptanz bei der betroffenen Bevölkerung. Daher sollten auch die Einnahmen aus der Förderung bevorzugt den Anwohnern oder ihren Gemeinden zukommen.

20 Die Energiewende hat das Ziel, fossile Energieträger und Kernenergie so schnell wie möglich abzulösen. Das bedeutet, 83% der bisherigen Stromversorgung zu ersetzen bzw. 91% der Quellen der Primärenergie (BMWI, August 2010). Die bekannten Lösungen sind Einsparung und Ersetzung durch regenerative Energie.

25 Das endgültige Abschalten der AKW war für ca. 2021 geplant, die Laufzeitverlängerung hätte den endgültigen Ausstieg auf ca. 2035 verschoben. Unter dem Eindruck von Fukushima wird diese Verlängerung keinen Bestand haben und die Ablösung der Kernenergie, die ca. 23% des Stroms liefert, sogar beschleunigt werden.

30 Der Anteil der regenerativen Energien an der Stromerzeugung hat dank großzügiger Förderung von 2000 bis 2010 von 6% auf 17% zugenommen. Eine Ablösung der Kernkraftwerke in ca. 10 Jahren bedeutet eine Verdoppelung dieser Anstrengung, scheint aber möglich. Wenn man dieser Aufgabe die Priorität gibt, wird man die Ersetzung der fossilen Energie und damit die Ziele der CO₂-Senkung zurückstellen müssen.

35 Die Verdoppelung des Anteils regenerativer Stromerzeugung erfordert hohe Mittel für Investitionen und Fördergelder, welche nur vom Bürger in seiner Rolle als Steuerzahler und Stromkunde kommen kann. Lobbyisten von Auto- bis Zuckerrübenbauern freuen

40 sich nun eine Auffüllung der Subventionstöpfe. Eine rationale Strategie mit Zielen und Kriterien für die Verwendung und Höhe der Fördergelder wäre darum notwendig, ist aber leider nicht erkennbar. Es gibt eine unübersehbare Vielzahl von Subventionen je nach Erzeugungsart, Größe, Standort, Alter, Inbetriebnahmedatum. Das wichtigste aber fehlt: Die Berücksichtigung der Effizienz der eingesetzten Mittel!

45 Es gibt keine guten und schlechten erneuerbaren Energiequellen. Solarthermie, Photovoltaik, Wasser, Wind, Wellen, Erdwärme und Biomasse sind uns gleich lieb und sollten uns auch gleich viel Wert sein. Wettbewerb im Energiemix steigert Effizienz und Verfügbarkeit. Darum sind wir für eine unvoreingenommene Förderung aller regenerativen Energien und eine Angleichung der Fördersätze. Es ist nicht sachlich begründbar, ineffizient und eine Bremse für die Energiewende, die Solarenergie über
50 alle Maßen zu bevorzugen. Eine Kilowattstunde Wasserkraft wird mit 8 Cent, eine kWh Windstrom mit 9 Cent, für eine kWh Solarstrom dagegen effektiv 48 Cent bezahlt. Diese Politik bewirkt, dass viele Potentiale nicht genutzt werden. So gibt es nicht nur viele nicht genutzte Windstandorte, sondern auch an Bachläufen gibt es immer noch genügend verfallene Mühlen, die man aktivieren könnte, wenn die
55 Förderung dafür anhebt.

Die Förderpolitik muss endlich auf eine rationale Grundlage gestellt werden. Was ist das Ziel? Wie können wir es am besten erreichen? Welche Aktionen? Gut gemeint ist nicht gut genug!

60 Die technische Entwicklung ist erst am Anfang, niemand kann vorhersagen, wie sich Konstruktion, Kosten und Effizienz der Anlagen langfristig entwickeln. Wer bei der Förderung der regenerativen Energien den Fortschritt der Computerindustrie als Vorbild sieht, muss sich auch vor Augen halten, dass hier eine Produktlebensdauer von
65 wenigen Jahren die Regel und auch eine Voraussetzung für diesen Fortschritt ist. Die breite Förderung der Forschung ist notwendig, um den Einsatz von Ressourcen wie Energieeinsatz, Flächen, Natur, Düngung möglichst effizient zu gestalten und eine internationale Spitzenposition zu halten

70 Es ist mehr Mut gefragt, an die eigenen Vorhersagen der Verknappung fossiler Energie und den damit verbundenen Preisanstieg des Strompreises zu glauben, der dann eine ökonomische regenerative Energieerzeugung ohne Subventionen bewirkt.

Gerechte Strukturpolitik in der Oberpfalz

Überwiesen als Material an

Landtagsfraktion

Bundestagsfraktion

Bayer. Abgeordnete im EP

5 Bayern und die Oberpfalz bieten eine hohe Lebensqualität. Richtige Grundsatzentscheidungen in der Landesplanung und den Kommunen, vor allem aber die Motivation und Gemeinsinn der Bevölkerung, die sich mit ihrer Heimatregion verbunden fühlt, ermöglichen dies. Die oberpfälzer Wirtschaft mit all ihren Beteiligten ist dabei wichtige Stütze unserer Solidargesellschaft. Gerade die Regionen Cham und Schwandorf zeigen, dass wirtschaftlicher Erfolg auch auf dem Land möglich ist; wir werden aber nicht akzeptieren, dass dies sozial ungerecht geschieht und mit Leiharbeit, Hire and Fire und Arbeitszeitverlängerungen geschieht. Dafür ist gute Strukturpolitik notwendig.

10 Das Leben und damit die Anforderungen an die Strukturpolitik ändern sich. Unsere Welt, zwar schon immer internationalisiert und vernetzt, wächst durch die neuen Technologien so sprunghaft und unstedt zusammen, dass sich die Menschen zu Recht überfordert fühlen. Diese Entwicklung stellt uns auch in Bayern vor neue Herausforderungen.

15 Wir sehen den Menschen im Mittelpunkt des staatlichen Handelns und der Wirtschaft. Die Wirtschaft dient als Mittel zur Bedürfnisbefriedigung der Menschen, nicht des Marktes.

20 Deshalb wollen wir uns in der Strukturpolitik auf folgende Bereiche konzentrieren:

- Grüne Technologie, Nachhaltigkeit und Ländlicher Raum

- Gesundheitswirtschaft und Tourismus

25 - Innovation bei neuen Werkstoffen und Robotik

- Dienstleistungen der privaten und öffentlichen Hand , Infrastruktur, Mobilität,

30 - Forschung, Bildung u. Entwicklung

35 Die Ideen und Innovationen sind bereits in den Köpfen der Menschen vorhanden. Wir wollen ihnen helfen, diese umzusetzen, um Bayern zum bedeutendstem Zukunftsstandort der Welt zu machen. Natürlich bleiben die klassischen Branchen wie Maschinenbau und Fahrzeugbau, um nur zwei zu nennen, weiterhin bedeutende

Zweige der bayerischen Wirtschaft. Auch diese werden von den neuen Ideen profitieren.

40 Damit das gelingt, müssen die Wirtschaft, die Verwaltung und die Politik in der Oberpfalz sich nach unseren Vorstellungen weiterentwickeln.

Deswegen fordern wir:

45 1. Arbeit

- Wir wollen, dass unsere Wirtschaft und unsere Unternehmen familienfreundlich werden. Dazu gehört die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gerade in ländlichen Gebieten der Oberpfalz noch brach liegt. Wir wollen die auch in der Oberpfalz zunehmende demografische Entwicklung als Herausforderung für die
50 Infrastruktur und als Chance für unsere Gesellschaft annehmen. Die Demografie zeigt bereits in den Landkreisen Tirschenreuth und Neustadt ihre Wirkung. Im Jahr 2020 werden in der Mehrheit der Landkreise und kreisfreien Städte weniger Menschen leben als heute. In der Oberpfalz wird das Durchschnittsalter von jetzt 42 auf 47 Jahre steigen. Dies gilt es zu steuern. Wir wollen das Zusammenleben von Alt und Jung
55 stärken. Familien sollen auch in der Fläche ihre Lebensvorstellungen verwirklichen können. Wir setzen uns für neue Arbeitszeitmodelle und Betriebskindergärten ein. Wir sehen diese als eine Gemeinschaftsaufgabe von Wirtschaft und Staat. Wir wollen flächendeckende soziale Netze zur gegenseitigen Hilfe, den Aufbau lokaler Bündnisse für Senioren und Jugendliche, Barrierefreiheit bei Neu- und Umbauten, mehr
60 altersgerechten Wohnraum, Mehrgenerationenprojekte und Arbeitsmarktförderung für Ältere.

- Wir wollen eine Wirtschaft die niemanden ausschließt. Deswegen werden wir die Inklusion und Integration in der Arbeitswelt fördern u. fordern. Dazu gehört auch der
65 wirtschaftlich immer bedeutendere Sektor von Behindertenwerkstätten, usw. zu fördern.

- Wir wollen einen öffentlichen Beschäftigungssektor flächendeckend einführen um somit vorhandene aber brachliegende Potenziale, insbesondere in lokaler
70 Verantwortung, zu nutzen.

- Wir wollen die berufliche Aus- und Fortbildung durch Verpflichtungen und Kooperationen ausbauen und intensivieren. Wir sehen die berufliche Bildung als eine
75 der Hauptvoraussetzungen für eine starke bayerische Wirtschaft.

- Wir wollen Telearbeitsplätze fördern und die so Menschen vor Ort halten.

2. Struktur und Infrastruktur

80 - Wir sehen gerade in Ostbayern in dem Ausbau der Schiene den größten Nachholbedarf. Sowohl beim Personen- wie auch beim Güterverkehr. Neben Gleisausbau bzw. -modifizierung muss ebenso die weitere Bahninfrastruktur verbessert, ausgebaut oder geschaffen werden.

85

- die Strecke Hof-Regensburg muss endlich elektrifiziert werden,
- zwischen München-Prag-Regensburg-Schwandorf muss eine adäquate Fernzugstrecke entstehen
- 90 zwischen Nürnberg und Prag muss der Fernverkehr verbessert werden
- die Zuganbindung an den Flughafen München muss endlich fertiggestellt werden.
- 95 - Wir wollen mehr Güter auf die Schiene verlagern. Dazu müssen neben den Gleisen bzw. Strecken Logistikhubs im Außenbereich von Städten entstehen. So wollen wir den Fernverkehr auf den Autobahnen reduzieren. Sogenannte Gigaliner lehnen wir ab, denn darin sehen wir einen Rückschritt in der Mobilitätsentwicklung. Daneben wollen wir den Logistikverkehr im Nahverkehr umstellen, z. B. hin zu Elektromobilität o. ä., um
- 100 so für die bayerische Wirtschaft schädlich hohen Benzinpreise entgegenwirken.
- Der Öffentliche Personennahverkehr hat auch für die ostbayerische Wirtschaft eine große Wichtigkeit. Sowohl die Konsumentinnen und Konsumenten, wie auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen im Flächenland Bayern zu den
- 105 Unternehmen kommen. Wir werden den Ausbau des ÖPNV wieder aufnehmen und die Angebote und Strukturen verbessern. Wo eine Schienenanbindung nicht möglich ist, muss der Nahverkehr durch Regionalbusse ermöglicht werden. Dabei muss es Prämisse sein, dass dies keine Alibiversorgung mit ein bis zwei Fahrten pro Tag sein darf, sondern den Bedürfnissen vor Ort gerecht sein muss.
- 110 - Wir wollen die für die ostbayerische Wirtschaft notwendigen Netze (aus)bauen. Dazu zählen für uns Pipelines, Stromnetze, Hochspannungsnetze, sowie Internet- und Breitbandnetze. Dabei hat die Anbindung an Europäische Netze für uns größte Wichtigkeit. Der Anschluss an schnelles Internet muss als Teil der Daseinsvorsorge ins
- 115 Telekommunikationsgesetz geschrieben werden. Internet ist das Telefon des 21. Jahrhunderts, deshalb müssen alle Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch auf einen Anschluss an schnelles Internet erhalten.
- Wir wollen eine an ökonomischen u. ökologischen Gesichtspunkten orientierte Siedlungspolitik für Gewerbe. Diese soll neben dem Flächenverbrauch eine Zersiedelung vermeiden, um so die vorhandenen ökonomischen u. ggf. ökologischen Ressourcen besser miteinander zu verbinden und Synergieeffekte ermöglichen.
- 120 - Wir wollen die Modernisierungen von alten Industrie- und Gewerbeflächen. Dies ist Neubauten vorzuziehen. Ebenso sollen damit bereits vorhandene Struktur genutzt und der Flächenverbrauch reduziert werden.
- 125 - Die großen Flughäfen in Nürnberg und München und die Verladebahnhöfe in Ostbayern sind an das Verkehrsnetz besser anzubinden, vor allem die Flughäfen bedürfen einer besseren Schienenanbindung. Bevor Flughäfen weiter ausgebaut werden, muss die verbesserte Anbindung erfolgen. Daneben wollen wir sicherstellen, dass alle Flug- und Verladebahnhöfe zu gleichen Teilen ausgelastet sind.
- 130

3. Wirtschafts-, Technologie, Innovationsförderung und Finanzierung

135

- Es soll dafür gesorgt werden, dass Gründer- u. High-Tech-Innovationszentren an entsprechenden Hochschulen an(ge)siedel(t)n bzw. bei vorhandenen Strukturen erweitern werden.

140 - die Autoproduktionsstandorte der mittleren und südlichen Oberpfalz, die Bauunternehmungen und High-Tech Unternehmen der Westoberpfalz, die BioParkinitiative, die mittelständischen Unternehmen des Norden und der Ostoberpfalz müssen stärker unterstützt und vernetzt werden. Dies soll durch Clustereinrichtungen und IT-Technik verstärkt werden. Wir brauchen dauerhafte
145 Produktionsarbeitsplätze, die die Umstellung auf neue, nachhaltige Techniken schaffen, den Menschen Stabilität garantieren und nicht auf Leiharbeit sondern auf qualifizierte Fachkräfte angewiesen sind.

150 - Kommunale Investitionsprogramme, Modernisierungen kommunaler Einrichtungen, Förderungen für das heimische Handwerk inkl. Förderprogramme bzw. Investitionsprogramme von privaten u. öffentlichen Vorhaben z. B. Bürgerkraftwerke o. der zunehmenden Aktivitäten im Zusammenhang einer Energieautonomie von Kommunen müssen Förderschwerpunkte werden.

155 - Genossenschaftsmodelle sollen gefördert werden, da sie unter anderem im ländlichen Raum und bei Kleinst- und Kleinbetrieben Synergieeffekte auslösen können und die Strukturen vor Ort erhalten.

160 - Wir wollen die Beratungsangebote und Hilfen zu Unternehmensgründungen inkl. der nachfolgenden Phasen (Anfang- und Aufbau) zusammen mit den Kammern und Verbänden weiter ausbauen und dezentraler anbieten.

Wir wollen die Chancen der Energiewende im Bereich regionale Wertschöpfung und Arbeitsplatzpotentiale nutzen. Wir fordern ein Cluster erneuerbare Energien in
165 Nordostbayern zur Intensivierung der notwendigen interdisziplinären Forschung, vor allem im Bereich der Speichertechnologien.

4. Kommunale Daseinsvorsorge/Versorgung/Energie

170 - Energieversorgung zu vernünftigen Preisen, gerade für energieintensive Branchen muss gewährleistet werden. Für uns ist es oberste Prämisse dies sicherzustellen. Die großen Versorger können dies nicht mehr gewährleisten, deswegen wollen wir dies für unsere Wirtschaft sicherstellen. Unter anderem durch kommunale bzw.
175 rekommunalisierte Versorgungsunternehmen und Förderung von Bürgerkraftwerken mit Beteiligung der lokalen Wirtschaft.

180 - Wir werden sicherstellen, dass alle ostbayerischen Unternehmen Zugang zu den allgemein als kommunale Daseinsvorsorge bezeichneten Versorgungs- und Dienstleistungsbereichen haben (Energie, Wasser, Entsorgung, usw.). Da unsere Wirtschaft Sicherheit braucht und nicht zum Spielball von Kräften eines unregulierten Marktes werden darf, wollen wir die kommunale Daseinsvorsorge wieder stärken. Dies schafft gleichzeitig sichere, gute und lokale Arbeitsplätze in den Zukunftsmärkten der nächsten Jahren (Kreislaufwirtschaft, alternative Energien, usw.).

185

5. Steuern/Finanzen/Verwaltung/Politik

- 190 - Wir wollen Genehmigungsverfahren schneller und demokratischer zum Abschluss bringen bzw. im Bodenrecht auf den Bund hinwirken, diese zu modernisieren. Wir wollen wieder hin zu einer präventiven Bau- und Wirtschaftsplanung, um Rechtssicherheit für alle zu erreichen. Wir wollen mehr Bürgerbeteiligung, den Ausbau der Genehmigungsbehörden und Planungsvorhaben weiter in öffentliche Hände geben, um größere Rechtssicherheit und Akzeptanz bei Großprojekten zu bekommen und schneller durchführen zu können.
- 195
- 200 - Die europaweite Vernetzung von Strukturen muss in Zukunft auch grenzübergreifend möglich sein. Wir werden für eine bessere Vernetzung mit unseren angrenzenden Partnern sorgen. Im Rahmen der Donau-Moldau-Region, der Euregio-Egrensia wollen wir eine immer engere Zusammenarbeit mit unserer tschechischen Nachbarregion Pilsen. Es muss ein gemeinsamer bayerisch-böhmischer Wirtschafts-, Hochschul- und Tourismusraum entstehen. Die Hochschulen Amberg-Weiden, Regensburg und die Universität Regensburg, die FH-Deggendorf, der Technologie-Campus Cham und die Handelskammern müssen nach dem Vorbild der gemeinsamen Grenzpolizei in Schwandorf, mit ihren Partnern in Pilsen und der Region immer enger
- 205 zusammenarbeiten.
- 210 - Wir wollen die Anzahl an Steuerprüfer bzw. Betriebsprüfer aufstocken, mehr Unternehmensprüfungen durchführen und die Beratungsangebote für Start Ups, Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen ausweiten. Oftmals scheitern viele Unternehmen (kleine 3 Betriebe, Einzelhändler) an unzureichender Buchführung und sehen so Gefahren nicht kommen.
- 215 - Die Gründungen von Genossenschaften sollen erleichtert und die Rahmenbedingungen verbessert werden.
- 220 - Wir wollen den Übergang von Unternehmensnachfolgen so verträglich wie möglich für das Unternehmen und seine MitarbeiterInnen gestalten, ohne dabei die gesamtgesellschaftliche Verantwortung vergessen.
- 225 - In Zukunft wollen wir, dass Entscheidungen soweit wie möglich dezentral gemacht werden. Vor Ort sind die Bedürfnisse und Anforderungen oftmals besser bekannt und passgenauere Lösungen können von dort besser betrieben werden. Die zunehmende Zentralisierung ist deshalb abzulehnen.
- 230 - Wir wollen den Barriere freien Zugang zu EU-Fördermitteln sicherstellen und die Verwaltung dementsprechend darauf vorbereiten.
- 230 - Wir werden unsere heimische Wirtschaft vor Wettbewerbern schützen, die z. B. mit Dumpinglöhnen oder minderen Umweltschutzstandards arbeiten. Dazu werden wir auf allen politischen Ebenen aktiv arbeiten.
- 235 - Wir werden unser Sparkassen sowie die Volks- und Raiffeisenbanken vor ungerechtfertigten Restriktionen schützen.
- 235 - Wir werden das E-Gouvernement weiter ausbauen um so die Wege kurz zu halten

und den schnellen und einfachen Informationsfluss zu gewährleisten.

6. Wissensstandort Ostbayern

240 - Wir werden Forschungsstandorte stärken, indem wir Lehrstühle sowie
Forschungseinrichtungen ausbauen und besser finanzieren. Wir wollen Forschung
intensivieren. Dazu gehört für uns auch, dass Praktika usw. im forschenden
Zusammenhang gerecht entlohnt werden, um so den Fokus auf Forschung zu legen.
Wir wollen Perspektiven geben und deswegen längerfristige Stellen schaffen.
245 Forschung sollte unabhängig von Unternehmen agieren können um zu starken
Einfluss der Wirtschaft zu vermeiden, und so breiter forschen zu können ohne zu
eindimensional zu denken. Die Forschungsförderung der Wirtschaft ist uns
willkommen, sie muss aber von der eigentlichen Forschung klar getrennt sein.

250 - Die (Um- u. Weiter-)Qualifizierung von Mitarbeitern, ist für uns klare Bedingungen
um unter anderem den Fachkräftemangel zu begegnen.

- Hochschul- bzw. Universitätsstädte werden in der Zukunft noch mehr Menschen
anziehen. Wir in Bayern haben den Anspruch eine Wissensgesellschaft zu sein.
255 Dementsprechend müssen wir dem folge tragen und Wissen lokal wie auch
überregional anbieten und ausbauen. Dazu müssen wir die Möglichkeit und Angebote
schaffen, den Menschen den Zugang zu Bildung zu ermöglichen.

7. Ländlicher Raum/Landwirtschaft/Landesentwicklung

260 - Die Landwirtschaft in Bayern ist ein wichtiger Faktor, der, im Zuge der Versorgung
und der Lebensgestaltung für Bayern, zu erhalten ist.

- Wir wollen die regionalen Märkte u. a. in der Landwirtschaft stärken um mehr
265 Abnehmer zu finden und zu halten und um große Massenbetriebe in der
Landwirtschaft zu verhindern. Auch in diesem Bereich wollen wir
Genossenschaftsmodelle stärken.

- Wir wollen einen Ausbau der Biolandwirtschaft. Diese hat neben dem ökologischen
270 auch einen massiven touristischen Faktor. Da eine biologische Landwirtschaft zum
Erhalt der bayerischen Landschaft führt.

- Wir wollen, wo möglich, einen Rückbau und eine Entsiegelung von Flächen, um der
Landwirtschaft genügend Anbauflächen vorhalten zu können.
275

- Neben der Sicherstellung der kommunalen Daseinsvorsorge ist auch zu
gewährleisten, dass regionale Handwerkshöfe und Gewerbezentren erhalten,
ausgebaut oder errichtet werden, um das lokale Handwerk u. Gewerbe durch
Synergien zu unterstützen. Diese können auch als idealer Standort für bzw. von
280 Existenzgründern genutzt werden. Die Erweiterung von wirtschaftlicher
Zusammenarbeit im Zuge der EU- Osterweiterung bietet Chancen. Diese wollen wir
nutzen und nicht vergehen lassen.

- Durch eine reine dem Gießkannenprinzip ausgerichtete Struktur- u. Förderpolitik
285 werden wir den Menschen keinen Gefallen tun. Die Menschen erwarten, dass ihre

Bedürfnisse befriedigt werden. Deswegen wollen wir Regionalbudgets als Instrument schaffen, das gezieltere und effizientere Struktur- und Förderpolitik verfolgen kann.

290 - Wir werden Programme zur Wohnungs-, Stadt- und Dorferneuerung ausbauen, um den ländlichen Raum attraktiv zu halten.

295 - Wir unterstützen und fördern die regionale Landwirtschaft. Sie leistet neben der Produktion von agrarischen Produkten vielfältige, für die Gesellschaft und der jeweiligen Region wichtige Leistungen. Unter anderem Erhalten und Fördern die Kulturlandschaft und leisten somit einen weiteren Beitrag zur Erhaltung und Pflege von Freizeit-, Erholungs- und Tourismusregionen

300 - Das Standort-Informations-System Bayern (SISBY) und das Programm „Invest in Bayern“ soll verstärkt den ländlichen Raum vorstellen und von diesem überzeugen.

- Wir wollen auch im ländlichen Raum Ausbildung und Fortbildung sicherstellen. Dazu werden wir Angebote mit den lokalen Ebenen und Firmen schaffen, um via Verbundausbildung usw. vor Ort ausbilden zu können.

305 8. Tourismus

310 - Im Zuge der zunehmenden alternden Bevölkerungsstruktur und der daraus resultierenden gesellschaftlichen Änderungen muss der Ausbau von Einrichtungen, Museen, Hotels, Freiflächen usw. in Zukunft Behinderten-, und Altersgerecht gestaltet werden. Sowohl durch bauliche Änderungen wie auch eine Änderung bzw. Erweiterung des Angebots. Kur- und Rehaorte werden genauso an Bedeutung zunehmen, wie ein weiterer Ausbau von familienfreundlichen Angeboten und der Trendwende in ökologischen Belangen. Für diese anstehenden Änderungen werden wir sorgen.

315 - Der Rückbau von Flächen, um das Landschaftsbild attraktiv zu halten und dem ökologischem Habitus genüge zu leisten, ist für uns nicht nur aus touristischen Gründen elementar.

320 - Große Freizeitparks sind aus unserer Sicht zu vermeiden. Kleine Freizeitparks sind vorzuziehen.

325 - Im Zuge des Ausbaus der Ökolandwirtschaft wird der Natururlaub massiv zunehmen. Weitere Anstrengungen sind dahingehend zu machen, dies auch im touristischen Segment auszubauen.

330 - Die vorhandenen Regionalmarketingverbände sollen in Zukunft vernetzter und partnerschaftlicher innerhalb der „Bayern Tourismus Marketing GmbH“ zusammenarbeiten, auch über Grenzen hinweg. Dazu werden wir mit unsern Partnern eine Koordinierungsstelle einrichten.

335 - Die Kultureinrichtungen (Museen, Theater, Kulturevents, usw.) wollen wir erhalten, modernisieren und ggf. ausbauen Das gehört auch zu dem Image einer Wissensgesellschaft.

- Die Rad-, Fuß- und Wanderwege usw. wollen wir erhalten, modernisieren und im Einklang mit der Umwelt ausbauen.

9. Forstwirtschaft

340

- Ostbayern ist Waldland. Wir wollen die Bayerischen Staatsforste schützen. Durchaus befürworten wir eine ökologische Bewirtschaftung des Forstes, lehnen aber eine weitere Privatisierung des Staatsforstes ab.

345

- Die Forste sind ein wichtiger touristische Faktor. Wir befürworten eine verantwortungsvolle und ökologische Nutzung der Wälder als Tourismusattraktion.

- Der Forst ist ein wichtiger Rohstofflieferant für die Energiewende. Die privaten und öffentlichen Eigentümer sollen durch nachhaltige Bewirtschaftung dazu beitragen.

- Bei Vergabe von öffentlichen Aufträgen bzw. bei Fördergeldern müssen Ausschreibungen u. a. folgendes berücksichtigen: Einhaltung der Tariftreue, Bezahlung von gesetzlichen o. tariflichen Mindestlöhnen, Einhaltung von Umweltstandards.

Antragsbereich I/Antrag 5

Bezirksverband Oberpfalz

Verkehrsinfrastruktur in der Oberpfalz deutlich verbessern

Überwiesen als Material an

Landtagsfraktion

Bundestagsfraktion

Bayer. Abgeordnete im EP

Gut ausgebaute und leistungsfähige Verkehrswege sind Grundvoraussetzung für wettbewerbsfähige Standortbedingungen und eine zukunftsfähige Entwicklung. Gerade aber in den ländlichen Regionen ist Mobilität eine überlebenswichtige Grundvoraussetzung.

5

Im Bereich des Fernverkehrs konnte mit der Fertigstellung der A6 durch den massiven Einsatz der SPD-geführten Bundesregierung ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Ost- Westanbindung der Oberpfalz geleistet werden. Abgesehen von dieser bedeutenden Magistrale lassen nach wie vor eine ganze Reihe drängender Verkehrsprojekte noch immer auf sich warten.

10

Dringend erforderliche Ausbau- und Ertüchtigungsmaßnahmen bleiben aus, weil sich

15 die von CSU und FDP geführten Ministerien in Berlin und München abwechselnd den Schwarzen Peter zuschieben: dort wo es Baurecht gibt, fehlt die Finanzierung und wo die Mittel bereit stehen, fehlt es am rechtlichen Rahmen.

20 So leiden gerade in Regionen ohne direkten Autobahnanschluss die Bundesstraßen unter dem ständig zunehmenden LKW-Aufkommen. Die Antwort von Bundesverkehrsminister Ramsauer ist derzeit offensichtlich der Gigaliner, den er nun auf unsere Straßen schicken will, während Investitionen aufgeschoben werden und die Oberpfalz auf die Verwirklichung folgender Verkehrsprojekte weiter warten muss:

25 Im Bereich des Straßenbaus sind dies vor allem:

Der Ausbau der B85 Cham-Untertraubenbach bis Wackersdorf

30 Der dreistreifige Ausbau der B 20 Traitsching bis zur Grenze zum Landkreis Straubing-Bogen

Der dreistreifige Ausbau der B16 von Nittenau nach Regensburg

Der Bau der Ortsumgehung Mühlhausen (B299)

35 der Ausbau des Lärmschutzes entlang der A93

Im Bereich des Schienenverkehrs sind die drängendsten Projekte:

40 Die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof – Regensburg

Die Elektrifizierung der Bahnstrecke Nürnberg – Amberg – Schwandorf

45 Der Ausbau der Bahnstrecke München – Regensburg – Schwandorf – Furth im Wald und die Elektrifizierung der Bahnstrecke Schwandorf – Furth im Wald

Berücksichtigung der Belange des Lärmschutzes bei all diesen Ausbauprojekten.

Modernisierung und Ertüchtigung zahlreicher Bahnhöfe

50 Dieser Rückstand muss schleunigst aufgeholt werden, um in der Mitte Europas wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung abzusichern und zu fördern.

55 Der SPD Bezirksparteitag Oberpfalz fordert daher Verkehrsminister Ramsauer auf, dem Beispiel seiner sozialdemokratischen Vorgänger zu folgen und die dringend notwendigen Verbesserungen in der Verkehrsinfrastruktur der Oberpfalz auf den Weg zu bringen.

Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, für die im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans enthaltenen Projekte endlich Baurecht zu schaffen.

Genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsbau besser fördern

Angenommen

weiter an

Landtagsfraktion

Bundestagsfraktion

5 Die staatlichen Wohnungsbauunternehmen bzw. kommunalen Wohnbauträger stehen vor großen Aufgaben und Verpflichtungen. Nachdem viele Wohnungen dieser staatlichen Akteur_innen mittlerweile oft veraltet sind und den heute standardmäßig vorhandenen Strukturen nicht mehr entsprechen, besteht hier großer Handlungsbedarf. Dabei tragen die Wohnungsbauunternehmen und Kommunen immer noch einen großen Teil des früher als „Sozialen Wohnungsbaus“ bezeichneten Bestandes, welcher es auch ökonomisch benachteiligten Menschen ermöglicht eine eigene Wohnung zu haben, auch wenn diese oftmals erhebliche Probleme aufweisen. Dies geht dabei von Schimmelbildungen über eine schlechte Heizsituation bis hin zu erheblichen Mängeln an den sanitären Einrichtungen. Doch auch diese Menschen haben ein Recht darauf Wohnungen zu beziehen, welche zumindest einigermaßen Rahmenbedingungen aufzeigen, die dem einfachen Standard entsprechen.

15 Manche Wohnungsbauunternehmen und Kommunen haben diesen Handlungsbedarf auch durchaus erkannt. Sie stehen aber vor großen Herausforderungen: Auf der einen Seite sollen diese Wohnungen renoviert werden, auf der anderen Seite ist dies aber auch mit einem erheblichen finanziellen Aufwand verbunden. Dieser wird unter anderem auch durch die hohen Anforderungen einer energetisch effektiven Sanierung vergrößert. So tritt im Jahre 2012 eine neue Energieeinsparverordnung (Enef) in Kraft, welche die Messlatte für Sanierungsarbeiten noch höher legt.

20 Viele Wohnungsbauunternehmen und Kommunen können diese Sanierungen in der Folge nicht mehr wirtschaftlich darstellen. Sie müssten in der Folge diese Kosten auf die Miete umlegen, was diese enorm in die Höhe treiben kann. Das Publikum, welches diese Wohnungen nutzt, kann sich dies aufgrund mangelnder ökonomischer Mittel aber oft nicht leisten und müsste dann aus diesen Wohnungen ausziehen und ihr gewohntes Lebensumfeld verlassen, um sich schließlich wieder eine Wohnung mit sehr niedrigem Standard zu suchen, welcher für sie noch bezahlbar ist.

30 Natürlich ist die Energiewende zu befürworten, die BayernSPD spricht sich auch absolut für eine Verwirklichung aus. Diese jedoch muss auch so gestaltet werden, dass Menschen mit stark eingeschränkten Mitteln nicht unter ihr zu leiden haben.

Deshalb fordern wir:

35 1. Höhere Zuschüsse (Bsp. KfW-Mittel) für gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen und Kommunen, sodass diese die notwendigen Sanierungsarbeiten auch durchführen

können, ohne dass die vorhandene Mieterschaft verdrängt wird.

- 40 2. Eine professionelle Beratung der Wohnbauunternehmen und Kommunen vor Ort zum Thema Fördermöglichkeiten im kommunalen bzw. gemeinnützigen Wohnbausektor.

Antragsbereich I/Antrag 7

*Ortsverein München Ramersdorf
(Unterbezirk München-Stadt)*

Antrag

Überwiesen als Material an

Bundestagsfraktion

Die Bayern SPD möge sich im Deutschen Bundestag, insbesondere nach der nächsten Bundestagswahl, im Deutschen Bundesrat und innerhalb der SPD-Bundespartei mit besten Kräften dafür einzusetzen, dass folgende

5 Forderungen an den Bundesgesetzgeber

10 welche dem Ziel und Zweck dienen, dass Mietern in Städten und Gemeinden mit einer starken Nachfrage nach Wohnraum ein menschenwürdiges Wohnen anstatt „kapitalwürdigen“ Wohnens ermöglicht wird, dass bei der Befriedigung von menschlichen Grundbedürfnissen mehr Solidarität und Gemeinsinn anstelle von privatem Profitdenken zum Tragen kommen und dass die Vermögensschere innerhalb unserer Gesellschaft nicht noch weiter auseinanderklafft, als allgemeinverbindliche Gesetzesbestimmungen verabschiedet werden:

15 1. Definition der ortsüblichen Vergleichsmiete als echte Durchschnittsmiete

20 Die Tatsache, dass sich die ortsübliche Vergleichsmiete derzeit nach den Mietveränderungen der letzten vier Jahre (§ 558 Abs. 2 BGB), d. h. in Ballungsgebieten: nach den Mieterhöhungen, berechnet und nicht - wie der Laie vermuten würde – den Durchschnitt der Mieten sämtlicher bestehenden Mietverhältnisse über Wohnraum mit vergleichbaren Bedingungen innerhalb einer Gemeinde darstellt, ist seit Einführung dieser Definition im Jahre 1983 einer der Hauptgründe dafür, dass die Mieten bei entsprechender Nachfrage überproportional angestiegen sind.

25 Selbst in Zeiten der Stagnation bewirken die wenigen dann stattfindenden Mietveränderungen einen Anstieg der Vergleichsmiete, auch wenn die Masse der Bestandsmieten von der Höhe her gleich bleibt. Die Erhöhung der Vergleichsmiete berechtigt aber den Vermieter, im Rahmen der Kappungsgrenze Mieterhöhungen

30 durchzusetzen, infolgedessen bei der nächsten Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete ein erneuter Anstieg festzustellen ist. Durch das jetzige System wird die Miethöhe wie in einer Spirale stetig nach oben geschraubt.

35 Zusammen mit einer Senkung der Kappungsgrenze auf z.B. 10 % würde die Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete unter Einbeziehung sämtlicher Bestandsmieten sicherlich zu einer spürbaren Beruhigung auf den Wohnungsmarkt führen, was sowohl die Mieten als auch die Immobilienpreise angeht.

40 Wenn im Idealfall die Mietsteigerungen in Relation zu den Steigerungen von Einkommen und Renten ausfallen würden, würde auch die Vermögensschere in unserer Gesellschaft weniger auseinanderklaffen.

2. Absenkung der Kappungsgrenze nach § 558 Abs. 3 BGB auf ca. 10 %

45 Begründung wie unter 1.

3. Verbot der Börsennotierung von Immobilienaktiengesellschaften

50 Derartige Gesellschaften stimulieren durch höhere Gewinne aufgrund von Mieterhöhungen, Luxussanierungen u. ä. die Anleger an der Börse, ihre Aktien zu kaufen.

4. Staatliche Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften, der Schaffung von Erbbaurechten u. a.

55 Hierdurch werden preisgünstigere und beständigere Alternativen zur Beschaffung von Wohnraum ermöglicht. Insbesondere sollten auch Neugründungen oder Projekterweiterungen von solchen Genossenschaften entsprechend gefördert werden.

60 5. Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Erhaltungssatzungsgebieten und Verbot der Kündigung wegen angemessener wirtschaftlicher Verwertung in Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf

65 Dies würde den Erhalt von Wohnungen für Mieter mit geringerem Einkommen in ihren angestammten Wohnvierteln wesentlich begünstigen.

6. Einschränkung des Kündigungsgrundes wegen Eigenbedarf auf bestimmte nahe Angehörige und auf die Anfangszeit eines Mietvertrages sowie das Lebensalter des Mieters

70 Die Rechtsprechung tendiert dazu, den Eigenbedarf auch für entferntere Verwandte wie Nichten, Neffen usw. zuzulassen. Außerdem kann ein Vermieter absehen, ob in seiner Familie beispielsweise innerhalb von 5 – 10 Jahren ab Mietbeginn Eigenbedarf auftreten könnte. Gegenüber Mietern im Rentenalter sollten Eigenbedarfskündigungen nicht mehr zulässig sein.

75 7. Heilung auch der ordentlichen Kündigung wegen Zahlungsverzugs bei Bezahlung der Rückstände innerhalb von 2 Monaten ab Rechtshängigkeit

80 Die fristlose Kündigung wegen Zahlungsverzugs wird gemäß § 569 Abs. 3 Nr. 2 BGB
nachträglich unwirksam, wenn der Mieter, soweit nicht innerhalb von 2 Jahren vor der
Kündigung eine entsprechende Kündigung bereits vorausgegangen ist, die
Zahlungsrückstände innerhalb von 2 Monaten nach Eintritt der Rechtshängigkeit des
Räumungsanspruches begleicht. Diese Heilungsmöglichkeit gilt nach dem Gesetz aber
85 nicht für ordentliche Kündigungen wegen Zahlungsverzugs. Hiervon machen
zahlreiche Vermieter immer häufiger hilfsweise Gebrauch, um dem Mieter die Chance
zu nehmen, die fristlose Kündigung beispielsweise durch Zahlung von Sozialämtern
usw. zu heilen. Vermieter nutzen diese Gesetzeslücke gern, wenn sie z. B. auf Grund
gestiegener Nachfrage die Hoffnung haben, nach Räumung der Wohnung mit einem
neuen Mieter eine höhere Miete vereinbaren zu können.

90

8. Verbot der fristlosen Kündigung wegen mehrfachem kurzzeitigem Zahlungsverzug

Die neuere Rechtsprechung lässt auch in solchen Fällen die fristlose Kündigung zu,
obwohl nach dem Gesetz in der Regel nur bei Zahlungsverzug in Höhe von zwei
95 Monatsmieten fristlos gekündigt werden kann. Bei mehrfachem kurzzeitigem
Zahlungsverzug war bislang nur eine ordentliche Kündigung nach erfolgloser
Abmahnung zulässig. Insbesondere selbstständig Tätige können bei
Zahlungsverzögerungen ihrer eigenen Auftraggeber leicht in die Schwierigkeit
geraten, ihre Miete nicht immer fristgemäß zahlen zu können.

100

Hier sollten zumindest Abmahnungen innerhalb bestimmter Zeiträume vor Ausspruch
von ordentlichen Kündigungen erforderlich, eine fristlose Kündigung aber
ausgeschlossen sein!

105 9. Beschränkung der Betriebskostenumlage auf vom Verbrauch des Mieters abhängige Kosten

Insbesondere die Grundsteuer und die Gebäudeversicherung sind Betriebskosten, die
originär den Eigentümer betreffen und im Budget des Mieters nichts zu suchen haben.

110

10. Angemessenere Verteilung der Kosten eines energetischen Umbaus und Beschränkung der Mieterhöhung wegen Modernisierung auf den Zeitraum der tatsächlichen Amortisation

115 Es ist unangemessen, wenn die Modernisierungskosten gemäß § 559 BGB zu einer
dauerhaften Mieterhöhung um 11 % der für die Wohnung aufgewendeten Kosten
führen. Die Kosten sollten gleichmäßig auf Mieter und Vermieter verteilt werden und
auf den Zeitraum ihrer Amortisation beschränkt werden. Gegebenenfalls könnte man
sich auch an dem Zeitraum der steuerlichen Abschreibung orientieren. Dies hat auch
120 für die Kosten eines energetischen Umbaus zu gelten.

11. Verhinderung bzw. (bei etwaiger späterer Verabschiedung) Zurücknahme der von der Bundesregierung 2012 geplanten Mietrechtsnovelle

125 Nach den Vorstellungen der Bundesregierung sollen die Vermieter das Recht erhalten,
Wohngebäude gegebenenfalls auch gegen den Willen der Mieter kurzfristig
energetisch zu sanieren, den Mietern das Recht auf Mietminderung während dieser
Maßnahme zu nehmen und anschließend die Miete um jährlich 11 % der Baukosten zu

130 erhöhen. Außerdem sollen Vermieter Mietwohnungen bei Zahlungsverzug leichter räumen lassen können, bei Streit über die Höhe von Mietminderungen soll der Kürzungsbetrag hinterlegt werden müssen und ähnliches mehr.

135 Die Maßnahmen sind zutiefst unsozial und werden nur die Vermögensunterschiede verschärfen. Sie sind daher zu verhindern bzw. im Falle einer Verabschiedung durch den Gesetzgeber bei einer Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag wieder zurückzunehmen.

Resolutionen

Antragsbereich Ini/ **Antrag 1**

Landesverband Bayern

Der Freistaat muss Verantwortung übernehmen Kein GBW-Verkauf vor der Landtagswahl

Angenommen

5 Die BayernSPD fordert die Bayerische Staatsregierung auf, im Bieterverfahren um die größte bayerische Wohnungsbaugesellschaft GBW AG bis zum Ablauf der Legislaturperiode im nächsten Jahr keine vollendete Tatsachen zu schaffen. Der künftige Bayerische Landtag und die künftige Bayerische Staatsregierung müssen die Chance erhalten, eine Lösung im Interesse der Mieter durchzusetzen.

10 Eine sozialdemokratisch geführte Staatsregierung wird den Erwerb der GBW-Anteile durch den Freistaat selbst durchsetzen.

Eine sozialdemokratisch geführte Staatsregierung wird den Mieterschutz durch einzelvertragliche Regelungen sicherstellen.

15 Die CSU hat ein 10-Milliarden-Debakel bei der Bayerischen Landesbank zu verantworten, das eine entsprechende Beihilfeleistung des Freistaats Bayern erforderlich macht. Die Landesbank ist nun gezwungen ihren 92 %-Anteil an der staatlichen Wohnungsbaugesellschaft GBW AG zu veräußern.

20 Die Staatsregierung hat bereits ein „diskriminierungsfreies Bieterverfahren“ angekündigt, bei dem sich alle in- und ausländischen Immobilienunternehmen und Kapitalanlagegesellschaften beteiligen können. Selbstverständlich können private Erwerber, die die Wohnungsbestände der GBW AG einer Profitmaximierung zuführen wollen und mit entsprechenden Renditen rechnen können, höhere Kaufpreisangebote machen als Kommunen oder sich gemeinnützig verhaltende Wohnungsbaugesellschaften, die dem Mieterschutz Vorrang vor Renditeinteressen einräumen wollen und sollen.

30 Das „diskriminierungsfreie Bieterverfahren“ macht also die über 80.000 Bewohnerinnen und Bewohner der über 32.000 Wohnungen der GBW AG zum Spielball der Wohnungsspekulation mit allen bekannten Folgen – vom Ausreizen und Kumulieren aller Mieterhöhungsmöglichkeiten über Luxussanierungen bis zur Umwandlung in Wohnungseigentum sowie der mittel- und langfristig drohenden Eigenbedarfskündigung.

35 Betroffen sind 103 bayerische Kommunen in verschiedenen Regierungsbezirken, darunter folgende Kommunen mit jeweils mehr als 100 GBW-Wohnungen, in alphabetischer Reihenfolge: Amberg, Aschaffenburg, Augsburg, Bad Königshofen, Bad Neustadt, Coburg, Dachau, Dingolfing, Eichstätt, Elsenfeld, Erlangen, Erlenbach,

40 Freising, Fürstenfeldbruck, Garmisch-Partenkirchen, Gemünden, Geretsried,
Germering, Herzogenaurach, Ingolstadt, Kaufbeuren, Kempten, Kitzingen, Landsberg,
Landshut, Lappersdorf, Manching, Memmingen, Miltenberg, München, Neubiberg,
Neustadt, Neutraubling, Nürnberg, Ochsenfurt, Ottobrunn, Regensburg, Rödental,
45 Traunstein, Würzburg.

Die BayernSPD stellt fest:

50 1. Bayerns Finanzminister Söder und die gesamte CSU-Staatsregierung haben beim
ersten Gespräch mit den betroffenen Kommunen am 16. Januar 2012 in Aussicht
gestellt, dass mit den interessierten Kommunen exklusiv verhandelt wird. Dies wurde
nicht eingehalten.

55 2. Finanzminister Söder und die Bayerische Staatsregierung haben aber auch nicht
nachweisen können und bis heute keinen Beleg vorgelegt, dass die Europäische
Kommission ein „diskriminierungsfreies Bieterverfahren“ tatsächlich fordert.
Offenkundig hat die Staatsregierung aus Interesse am höchstmöglichen Verkaufserlös
auch nie in Brüssel ernsthaft um eine soziale Lösung gerungen.

60 3. Trotz schriftlicher Aufforderungen durch den Münchner Oberbürgermeister, den
Münchner Mieterverein und den Bayerischen Mieterbund sowie die Fraktionen der
Landtagsopposition hat sich die Staatsregierung grundlos geweigert, den geforderten
und versprochenen Mieterschutz durch einzelvertragliche Regelung tatsächlich zu
garantieren. Stattdessen verweist Finanzminister Söder auf eine „Sozial-Charta plus“,
65 die diesen Schutz angeblich in gleicher Weise gewähre. Dies ist offensichtlich
unrichtig, da eine Sozial-Charta von den künftigen Gesellschaftern geändert werden
kann und den Mietern keine einklagbare Rechtsposition verschafft. Die
Schutzbehauptung der Bayerischen Staatsregierung, die Rechte der 8-Prozent-
Minderheitsgesellschafter stünden der Gewährung eines einzelvertraglichen
70 Mieterschutzes entgegen, ist entlarvend: Wenn die Sozial-Charta tatsächlich
verbindlich wäre, könnte die einzelvertragliche Bestätigung des ohnehin
versprochenen Mieterschutzes die Rechte der Minderheitsgesellschafter nicht mehr
beeinträchtigen. Wenn aber die Minderheitsgesellschafter durch einzelvertragliche
75 Regelungen eine Wertminderung ihrer Gesellschafteranteile erleiden würden, wäre
damit der Beweis erbracht, dass die „Sozial-Charta plus“ den versprochenen
Mieterschutz gerade nicht gewährt.

80 4. Die Bayerische Staatsregierung hat, trotz zig-facher Aufforderung durch die SPD-
Landtagsfraktion, auch bis zum heutigen Tag keinen Nachweis dafür erbracht, dass es
dem Freistaat verboten sei, ebenso Anteile an der GBW AG zu erwerben, wie er es von
den Kommunen einfordert. Für diese Ungleichbehandlung verschiedener öffentlicher
Ebenen gibt es keinerlei sachliche Begründung. In seiner Stellungnahme an den
Bayerischen Mieterbund vom 25. Juni 2012 stützt sich das Bayerische
Finanzministerium auch nur auf einen mit schwarz-gelber Mehrheit gefassten
85 Landtagsbeschluss sowie eine angebliche Problematik aus wettbewerbsrechtlichen
Gründen. In Wahrheit gibt es keinen rechtlichen Gesichtspunkt, wonach ein Erwerb
zwar den Kommunen erlaubt, dem Freistaat aber untersagt ist. Vielmehr ist ein
öffentlicher Erwerb durch Freistaat oder Kommunen gleichermaßen zulässig, wenn der
Kaufpreis korrekt ermittelt wird und somit Kaufpreis- und Kaufgegenstand

90 gleichwertig sind. In beiden Fällen kann die Landesbank den erlösten Kaufpreis an den Freistaat abführen, um in dieser Höhe die staatliche Hilfeleistung zu erstatten. Ein beihilferechtliches Problem entsteht auf diese Weise nicht.

95 5. Es wäre durch nichts zu rechtfertigen, wenn der Freistaat, nur um noch Kasse zu machen und die Abschlussbilanz der CSU-geführten Staatsregierung zu schönen, die staatlichen Mieter der Wohnungsspekulation ausliefert, statt der Nachfolgeregierung eine soziale Lösung zu ermöglichen.

Antragsbereich Ini/ Antrag 2

Landesverband Bayern

Echte Wahlfreiheit: Mehr Kitaplätze statt Betreuungsgeld

Angenommen

5 **Wir fordern wirkliche Wahlfreiheit für Familien. Das Betreuungsgeld muss gestoppt werden, die dafür vorgesehenen Gelder müssen in die frühkindliche Betreuung und Erziehung investiert werden. Bildung von Anfang an ist der Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit in unserer Gesellschaft.**

10 **Bayern hat einen enormen Nachholbedarf bei Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Bundesweit liegt der Freistaat mit 5,9 Prozent an letzter Stelle in der Ganztagsbetreuung. Ab 2013 hat jedes Kind unter drei Jahren einen gesetzlichen Anspruch auf einen Krippenplatz – daran halten wir fest. Der Deutsche Städtetag geht in größeren Städten von einem tatsächlichen Bedarf von mindestens 50 Prozent aus. Dieser Bedarf ist bei weitem noch nicht gedeckt. Dies bedeutet: Land und Bund müssen schnell und massiv in den Ausbau der Kindertagesstätten investieren. Das Betreuungsgeld, wie es die CSU fordert, ist ein Etikettenschwindel. Es wird nicht für bessere Betreuung bezahlt, sondern ist eine Prämie, um Kinder aus kommunalen Kitas fernzuhalten. Es ist ungerecht, dass diejenigen, welche diese Kitas nutzen, bestraft werden, indem sie keine finanzielle Unterstützung erhalten. Wer sich private Betreuung organisiert und bezahlt, wird hingegen belohnt.**

20 **1. FAMILIEN IN BAYERN wollen Qualität**

25 Die „CSU-Fernhaltprämie“ widerspricht allen Bemühungen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte frühkindliche Bildung zu fördern.

Vom Ausbau qualitativ hochwertiger Betreuungseinrichtungen profitieren alle: Kinder brauchen Kinder, da ein Besuch einer guten Kindertagesstätte nachweislich ihre sozial-kognitiven Kompetenzen, die Sprachentwicklung sowie das Verhalten in der Gemeinschaft stärkt und die Eltern, da er den Wunsch, Zeit mit den Kindern zu

30 verbringen und trotzdem erwerbstätig zu sein, ermöglicht und somit deren Lebensqualität steigert.

2. FAMILIEN IN BAYERN wollen echte Wahlfreiheit

35 Die „CSU-Fernhalteprämie“ verhindert den Ausbau von Kindertagesstätten.

Gerade Bayern muss in den Ausbau der Betreuungsangebote investieren. Derzeit wird in manchen Gebieten Bayerns gerade mal eine Betreuungsquote von 15 Prozent erreicht. Die 2 Milliarden, die für das Betreuungsgeld ausgeben werden sollen, fehlen für den dringend benötigten Ausbau der Kitaplätze.

40 Derzeit besteht keine Wahlfreiheit, da in Bayern nicht genügend Betreuungsplätze vorhanden sind.

45 Für Familien, die zwei Einkommen für den Lebensunterhalt brauchen, wären die monatlich 150 Euro nicht einmal ein Trostpflaster. Alleinerziehende sind auf eine gute Betreuung angewiesen. Sie haben sowieso keine Wahl.

3. FAMILIEN IN BAYERN wollen Unabhängigkeit

50

Die „CSU-Fernhalteprämie“ fördert längere Erwerbsunterbrechungen, insbesondere von Frauen wie die Erfahrungen aus Thüringen gezeigt haben. Damit verschlechtern sich deutlich deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt mit den negativen Auswirkungen auf ihre Rente. Eine eigenständige Existenzsicherung wird erschwert und drängt Frauen in die wirtschaftliche Abhängigkeit eines Lebenspartners oder des Staates.

55

Die „CSU-Fernhalteprämie“ passt nicht in die heutige Gesellschaft und in deren rechtliche Rahmenbedingungen. So machen zum Beispiel das Unterhaltsrecht und auch die Rechtsprechungen des Bundesverfassungsgerichts deutlich, dass heutzutage verstärkt von der gleichen Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben ausgegangen wird. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentraler Punkt.

60

4. FAMILIEN IN BAYERN sind gerne gemeinsam für ihre Kinder da

65 Das Betreuungsgeld fördert die Alleinverdiener-Partnerschaft. Der Ausbau von Kindertagesstätten jedoch ist ein unverzichtbarer Schritt zur Förderung der partnerschaftlichen Kindererziehung.

70 Durch gute Betreuungsangebote wird zum Beispiel eine Reduzierung der Arbeitszeit beider Elternteile ermöglicht. Die Betreuung der Kinder in einer Kindertagesstätte bedeutet nicht, dass Eltern weniger Erziehungsleistung erbringen.

Satzungsänderungen

Antragsbereich 5/ Antrag 1

Landesverband Bayern

Satzungsänderungen

Angenommen

Mit Wirkung vom 14.07.2012 wird die Satzung der BayernSPD wie folgt neu gefasst:

(1) § 1 Abs. 3 wird ersetzt durch:

5 Der Landesverband hat seinen Sitz in München.

(2) § 3 Abs. 1 Satz 2 wird ersetzt durch:

10 Zuständig für die Gründung neuer Ortsvereine sind die Unterbezirke.

(3) Als § 3 Abs. 9 wird eingefügt:

15 Haben Ortsvereine und sonstige Organisationsformen unterhalb der Unterbezirksebene mit eigenständiger Kassenführung keine Revisorinnen und Revisoren gewählt oder sind diese ausgeschieden, müssen die Revisorinnen und Revisoren des zuständigen Unterbezirks entsprechend einer Richtlinie des Parteivorstands diese Aufgabe wahrnehmen.

20 (4) § 6 Abs. 1 Satz c wird aufgehoben.

Der Unterbezirksparteitag setzt sich zusammen aus:

a) den Delegierten der Ortsvereine,

25 b) den Mitgliedern des Unterbezirksvorstandes.

(5) § 6 Abs. 5 wird ersetzt durch:

30 Zur Überprüfung der Kassenführung des Unterbezirks (§ 6 der Finanzordnung) wählt der Unterbezirksparteitag für die Dauer von zwei Jahren mindestens zwei Revisoren und/oder Revisorinnen. Diese dürfen dem Unterbezirksvorstand nicht angehören. Hat der Unterbezirksparteitag keine Revisorinnen und Revisoren gewählt oder sind diese ausgeschieden, müssen die Revisorinnen und Revisoren des Landesverbands entsprechend einer Richtlinie des Parteivorstands diese Aufgabe wahrnehmen.

35

(6) § 10 Abs. 4 Ziffer 6 wird ersetzt durch:

Aufgaben des ordentlichen Bezirksparteitages sind:

40 ...

6. Wahl der Vertreterinnen oder der Vertreter des Bezirksverbands zum Parteikonvent,

45 (7) § 11 Abs. 3 wird ersetzt durch:

Die Bundeswahlkreisorganisation ist nach Maßgabe des Bundeswahlgesetzes verantwortlich für die Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Bundestagswahlkampfes, die bundespolitische Meinungs- und Willensbildung zwischen den Wahlen innerhalb und außerhalb der Partei, sowie für die
50 Entgegennahme von Rechenschaftsberichten des oder der Bundestagsabgeordneten.

(8) § 12 Abs. 4 wird ersetzt durch:

Der Landesverband betreibt die Landesgeschäftsstellen, die Bezirksgeschäftsstellen
55 und die Geschäftsstellen in den Regionen und beschäftigt das Personal in diesen Geschäftsstellen. Die betroffenen Gliederungen werden in die Personalauswahlverfahren mit einem/einer gemeinsamen Vertreter bzw. Vertreterin einbezogen.

60 (9) § 14 Abs. 1 Satz 1 wird aufgehoben.

Dem Landesvorstand gehören an:

65 1. die oder der Landesvorsitzende,

2. die stellvertretenden Landesvorsitzenden, deren Zahl der Landesparteitag vor der jeweiligen Wahl beschließt.

70 3. die Landesschatzmeisterin oder der Landesschatzmeister,

4. die Generalsekretärin oder der Generalsekretär

5. die Landesgeschäftsführerin oder der Landesgeschäftsführer mit beratender Stimme

75 6. die Sprecherin oder der Sprecher der bayerischen Europaabgeordneten der SPD,

7. die oder der Vorsitzende der Bayerischen SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag,

80 8. die oder der Vorsitzende der Landtagsfraktion der SPD im Bayerischen Landtag,

9. die Sprecherin oder der Sprecher der SPD-Verbandsrätinnen oder -Verbandsräte im Verband der Bayerischen Bezirke,

85 10. 24 weitere Mitglieder,

11. die Vertreterinnen oder Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaften (§ 22 Absatz 3).
- 90 Die Geschäftsordnung des Landesvorstands kann darüber hinaus die Kooptierung weiterer Personen vorsehen.
- Die SGK entsendet einen Vertreter oder eine Vertreterin mit beratender Stimme.
- 95 (10) § 15 Abs. 2 wird ersetzt durch:
- Die oder der Ehrenvorsitzende wird auf Vorschlag des Landesvorstandes ernannt und gehört ihm beratend an.
- 100 (11) § 15 Abs. 3 wird ersetzt durch:
- Die unter Absatz 1 Ziff. 5 bis 8 genannten Mitglieder gehören dem Landesvorstand kraft Funktion an. Endet ihre Funktion vorzeitig, tritt die oder der vom entsendenden Gremium benannte kommissarische Vertreterin bzw. Vertreter einstweilen an ihre
- 105 bzw. seine Stelle.
- (12) § 16 Abs. 2 wird ersetzt durch:
- Dem Landespräsidium gehören an:
- 110 1. die oder der Landesvorsitzende,
2. die stellvertretenden Landesvorsitzenden,
- 115 3. die Landesschatzmeisterin oder der Landesschatzmeister,
4. die Generalsekretärin oder der Generalsekretär
5. sieben weitere, vom Landesvorstand aus seiner Mitte zu wählende Mitglieder.
- 120 Die in § 14 Abs. 1 Nr. 5 bis 8 genannten Mitglieder des Landesvorstandes kraft Amtes gehören, sofern sie nicht ohnehin kraft Wahl Mitglieder des Landespräsidiums sind, diesem mit beratender Stimme an.
- 125 (13) § 16 Abs. 3 Buchstabe g wird ersetzt durch:
- Das Landespräsidium hat folgende Aufgaben:
- ...
- 130 g) Es verleiht die Georg-von-Vollmar-Medaille und die Helmuth-Rothemund-Medaille im Einvernehmen mit dem Landesvorstand.
- (14) § 18 wird zu § 19 Landesvertreterversammlung Europa
- 135 (15) § 19 wird zu § 20 Landeskontrollkommission

- (16) § 20 wird zu § 21 Landesschiedskommission
- 140 (17)§ 21 Betriebsorganisationen wird aufgehoben.
- (18) § 23 Abs. 1 wird ersetzt durch:
- 145 Die Kassierung der Mitgliedsbeiträge erfolgt durch zentralen Beitragseinzug.
- (19) Als § 23 Abs. 4 wird eingefügt:
- (4) Den monatliche Mitgliedsbeitrag, der von Abgeordneten des Landtags erwartet wird, beschließt der Landesvorstand.
- 150 (20) §25 Wahlkampfkostenerstattung wird aufgehoben.
- (21)§ 26 wird zu § 25 Aufwendungsersatz und ersetzt durch:
- 155 1) Funktionäre der Partei haben keinen Anspruch auf Vergütung ihrer Arbeit.
- Sie haben jedoch Anspruch auf Erstattung ihrer angemessenen Aufwendungen. Der Landesvorstand beschließt zur Regelung des Aufwendungsersatzes eine Spesenregelung.
- 160 (2) Delegationskosten sind grundsätzlich von der jeweils delegierenden Ebene zu tragen.
- Über Ausnahmen entscheiden die Vorstände der jeweils einladenden Gliederung im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten.
- 165 Delegationskosten von Arbeitsgemeinschaften zur Bundesebene trägt der Landesverband.
- 170 (22) § 27 wird zu § 26 Gleichstellung von Männern und Frauen
- (23) § 28 wird zu § 27 Grundsätze für Kandidatinnen und Kandidaten
- (24) § 27 Abs. 1 Satz 3 wird ersetzt durch:
- 175 Dabei sollen zunächst die Kandidatinnen und Kandidaten mit eigenem Stimm- bzw. Wahlkreis berücksichtigt werden.
- (25) §28 a Parteiämter wird zu § 28 Parteiämter.
- 180 (26) § 30 Abs. 1 wird ersetzt durch: Die Berechnung der Delegierten und sonstigen Vertreterinnen und Vertreter erfolgt nach dem Verhältnis der Mitgliederzahl. Für die Berechnung der Verhältnisanteile ist die abgerechnete Mitgliederzahl des letzten Kalenderjahres vor Einberufung der Parteitage maßgebend. Für neu entstehende
- 185 Gliederungen erfolgt die Berechnung nach der Mitgliederzahl, für die am Monatsletzten des vorangegangenen Quartals Beiträge abgeführt worden sind.

(27) § 33 wird ersetzt durch:

190 Vermögensübergang und Sondervermögen

Mit dem Inkrafttreten dieser Satzung geht das Vermögen der Bezirke Niederbayern / Oberpfalz, Franken und Südbayern einschließlich aller Forderungen und Verbindlichkeiten auf den Landesverband über. Die Vereinbarung zwischen dem SPD-Parteivorstand, dem SPD-Landesverband und dem Bezirk Franken auf der Grundlage des Beschlusses des SPD-Bezirks Franken vom 16. 11.1991 bleibt unberührt.

Antragsbereich S/ Antrag 2

*Unterbezirk Würzburg Stadt
(GSt. Würzburg)*

Mehr Basisdemokratie in der SPD

Überwiesen an

Landesvorstand

Die Landessatzung ist dahingehend zu ändern, dass künftig auch bis auf die Unterbezirksebene Mitgliedervollversammlungen möglich sind, die über die gleichen Rechte verfügen wie bisher nur die Delegiertenversammlungen auf Unterbezirksebene.